

ZUKUNFT GESTALTEN WIR.

**Geschäftsbericht
DGB-Bezirk Hessen-Thüringen
2018–2021**

Impressum

DGB-Bezirk Hessen-Thüringen
Wilhelm-Leuschner-Str. 69–77
60329 Frankfurt/Main

www.hessen-thueringen.dgb.de

Verantwortlich: Michael Rudolph

Redaktion: Alexandre da Silva, Stefanie Deša

Texte: Anna-Maria Boulnois, Liv Dizinger, Kai Eicker-Wolf,
Gregor Gallner, Tobias Huth, Jenny Huschke, Phillip Jacks,
Matthias Körner, Julia Langhammer, Michael Lemm,
Renate Licht, Jürgen Planert, Horst Raupp, Michael Rudolph,
Sascha Schmidt, André Schönewolf, Klaus Schüller,
Alexandre da Silva, Petra Vogel-Huff, Sandro Witt.

Gestaltung: Andreas Kowarschik, www.part.berlin

Bildnachweis:

S.12: [iStock.com/Svetikd](https://www.istock.com/ Svetikd), S.26: [iStock.com/FatCamera](https://www.istock.com/ FatCamera),
S.31: [iStock.com/lolostock](https://www.istock.com/ lolostock), S.45: [iStock.com/fotografixx](https://www.istock.com/ fotografixx),
S.52: [iStock.com/mediaphotos](https://www.istock.com/ mediaphotos), S.56: [iStock.com/alvarez](https://www.istock.com/ alvarez),
S.71: [iStock.com/SolStock](https://www.istock.com/ SolStock), S.77: [iStock.com/Rawpixel](https://www.istock.com/ Rawpixel)

November 2021

Inhaltsverzeichnis

- 4 Totenehrung**
- 6 Vorwort**
- 9 Michael Rudolph**
- 11 Sandro Witt**
- 13 DGB-Zukunftsdialog**
- 21 Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik**
- 33 Öffentlicher Dienst und Beamt*innen**
- 38 Wirtschafts- und Strukturpolitik**
- 52 Bildung und Ausbildung**
- 59 Handwerk**
- 63 Kirchen und soziale Bewegungen**
- 67 Antifaschismus, Demokratie und gesellschaftlicher Zusammenhalt**
- 77 Jugend**
- 83 Senioren**
- 88 DGB Intern**
 - 89 Stadt- und Kreisverbände
 - 90 Personalentwicklung
 - 90 Gewerkschaftliche Einrichtungen
 - 94 Bezirksvorstand
 - 95 Mitgliederentwicklung
 - 96 Finanzen
 - 99 Bericht der Revisionskommission
 - 102 Erledigungsvermerke zu den Anträgen der DGB Bezirkskonferenz 2014

Gedenken

**Wir gedenken
aller Mitglieder der
Gewerkschaften
im Bezirk
Hessen-Thüringen,
die in der Zeit von
2018 bis 2021
verstorben sind.
Ihr Andenken
werden wir stets
in Ehren halten.**

**„Wenn ihr mich sucht,
sucht in euren Herzen.
Habe ich dort eine
Bleibe gefunden,
lebe ich in euch weiter.“**

Rainer Maria Rilke

In Gedenken an Karl-Heinz Jungmann.

Vorwort

Eine außergewöhnliche Wahlperiode im Deutschen Gewerkschaftsbund ist vorüber. Vier Jahre von denen wir fast zwei Jahre unter den Bedingungen einer Pandemie gearbeitet und gelebt haben. Schlagartig waren wir mit ganz neuen Herausforderungen konfrontiert. Der Fokus musste sich plötzlich ganz auf den Schutz der Gesundheit sowie die Eindämmung und Überwindung der Pandemiefolgen für unsere Kolleg*innen richten. Dabei waren vom ersten Tag an der Schutz der Arbeitsplätze und der Einkommen zentraler Bestandteil der Arbeit der Gewerkschaften und ihres Bundes.

Diese Phase hat hoffentlich Anker gesetzt. Ein starkes Sozialsystem und ein finanziell handlungsfähiger Staat waren Grundvoraussetzungen dafür, dass wir die Krise bisher ohne größere soziale Verwerfungen gemeistert haben. Die Pandemie hat aber auch Schwächen und Fehler offen gelegt. Prekäre Beschäftigung bedeutet in der Regel keinen Schutz in Krisenzeiten. Alte Rollenbilder bei der Sorgearbeit im Haushalt sind alles andere als überwunden. Und ein Gesundheitssystem darf nicht kapitalistischen Parametern folgen. Und wir können auch anders organisiert arbeiten. Mobile Arbeit ist keine Gratifikation oder Ausnahme. Sie kann selbstverständlicher Bestandteil der Arbeitsorganisation sein.

Aber auch jenseits dieser Zeit mit ihren speziellen Anforderungen bleibt viel zu tun. Der Wandel der Wirtschaftsweise und der Arbeitswelt hat die vergangene Wahlperiode geprägt. Digitalisierung, Dekarbonisierung sowie der Schutz der Umwelt erforderten und erfordern alle Anstrengungen. Es gilt das Klima zu schützen und gleichzeitig Arbeit und Einkommen der Menschen für die Zukunft zu sichern. Nachhaltigkeit geht nur sozial und ökologisch. Diesen Prozess wollen wir gestalten. Dafür haben wir einen Maßstab: Gute Arbeit. Tarifgebunden, mitbestimmt und sozial abgesichert.

Politische Anforderungen an die Parteien

Im Berichtszeitraum lagen Landtagswahl in Hessen und Thüringen, Kommunalwahlen in Thüringen und Hessen sowie die Wahl zum Europäischen Parlament.

Der DGB-Bezirk hat sich zu allen Wahlen politisch positioniert und seine gewerkschaftspolitischen Positionen als Anforderungen an die Parteien gerichtet. In vielzähligen Veranstaltungen auf allen Ebenen haben wir unsere Themen und Forderungen in den Mittelpunkt gestellt und mit Vertreter*innen der Parteien diskutiert und unsere Inhalte gesetzt. Erstmals hat sich der DGB-Bezirk bei den Landtagswahlen in den beiden Bundesländern einer eigenen Social-Media-Kampagne bedient. Unter dem Motto „wähl, was dir wichtig ist“ konnten so unsere Themen erfolgreich adressiert werden. Der Erfolg war messbar: Die Kampagnen fanden hohe Resonanz (starker Anstieg der Engagement-Faktoren bei Facebook), generierten damit große Aufmerksamkeit für die Themen, setzen visuell neue Akzente und ermöglichen die Nutzung einer neuen Kommunikationsform (Kampagnen-Form).

Der DGB-Zukunftsdialog

Auf dem ordentlichen DGB-Bundeskongress im Mai 2018 haben die Delegierten beschlossen, einen Zukunftsdialog zu gewerkschafts- und gesellschaftspolitischen Themen zu initiieren. Vertieft wurde dieses Vorhaben auf einer gemeinsamen Auftaktkonferenz in Berlin, an der Mandatsträger*innen aller Wahlebenen im DGB teilnahmen. Der DGB-Bezirksvorstand und die DGB-Stadt- und Kreisverbände in Hessen und Thüringen haben hierzu eine Vielzahl von Veranstaltungen und Aktionen durchgeführt, um Probleme und Lösungsvorschläge aufzuzeigen oder sie mit Kooperationspartner*innen zu diskutieren und so den gesellschaftlichen Diskurs voran zu bringen.

Im Mittelpunkt standen dabei immer bundesweit vereinbarte Themen, die in den jeweiligen Regionen relevant sind. Insbesondere ging es um Themen wie bezahlbaren Wohnraum, Tarifbindung, Investitionen, Gesundheitsversorgung, ÖPNV, Rente und viele mehr. Der Dialog bildete eine Klammer um alle politischen Themen und Aktionen, die wir in der vergangenen Wahlperiode vorangetrieben haben und sorgte bundesweit für eine einheitliche und kampagnenhafte Wahrnehmung vieler Schwerpunktsetzungen wie in den Bereichen Tarifbindung, Wohnen, Investitionen und Alterssicherung. Auch in unserem Bezirk haben hierzu unzählige Veranstaltungen stattgefunden.

Ein besonderer Dank gilt unseren ehrenamtlichen Kolleg*innen in den Kreis- und Stadtverbänden, den DGB-Frauen, der DGB-Jugend und unseren DGB-Senior*innen, die den Aktionen und Veranstaltungen mit Kreativität und Organisationskraft ein Gesicht gegeben haben.

Bericht

Der vorliegende Geschäftsbericht umfasst den Berichtszeitraum vom 01.09.2017 bis 31.08.2021. Er ist eine Gemeinschaftsarbeit und repräsentiert alle im Bezirk vorhandenen Arbeitsbereiche sowie politischen Schwerpunkte. Dargestellt werden die inhaltliche und politische Arbeit des Bezirks und seiner Regionen.

Michael Rudolph

Vorsitzender des DGB Hessen-Thüringen

geboren am: 16.10.1977 in Bad Hersfeld

Familienstand: verheiratet; drei Kinder

Gewerkschaft ver.di



1997 Abitur an der Modellschule Obersberg in Bad Hersfeld

1997–1998 Zivildienst in der DGB-Jugendbildungsstätte in Fulda

1997–1999 Mitglied des DGB-Kreisvorstandes Hersfeld-Eschwege

1997–1999	Vorsitzender des DGB-Kreisjugendausschusses Hersfeld-Eschwege
1998–1999	Auszubildender bei der Sparkasse Bad Hersfeld-Rotenburg
1999–2005	Studium der Politik- und Verwaltungswissenschaften mit den Schwerpunkten Arbeitsmarktpolitik und Industrielle Beziehungen in Europa an den Universitäten Konstanz, Bologna und Bordeaux
2003	Organisationsekretär DGB-Region Osthessen (Krankheitsvertretung während des Studiums)
2005–2007	Mitarbeiter des Forschungsinstitutes Istituto di Ricerche Economiche e Sociali (IRES) und der Abteilung Europapolitik des Gewerkschaftsbundes CGIL Emilia-Romagna (Italien)
2007–2017	Regionsvorsitzender/-geschäftsführer der DGB-Region Nordhessen
2010–2017	Koordinator der Europapolitik im DGB-Bezirk Hessen-Thüringen
seit 9.12.2017	Vorsitzender des DGB Hessen-Thüringen

weitere Funktionen: Vorsitzender des DGB-Bildungswerkes Hessen e.V., Vorsitzender des Vereins Freunde und Förderer der Europäischen Akademie der Arbeit, Mitglied in den Landesbeiräten Hessen und Thüringen der Regionaldirektionen Hessen und Sachsenanhalt-Thüringen der Bundesagentur für Arbeit, stellv. Mitglied im Verwaltungsrat der AOK Hessen, Mitglied im Rundfunkrat des Hessischen Rundfunks, Mitglied im Wirtschafts- und Innovationsrat Thüringen, Mitglied im Beirat "Wohnen" der Nassauischen Heimstätte, Mitglied im Beirat der Deutschen Bundesbank-Hauptverwaltung Frankfurt, Mitglied im Beirat der WI-Bank Hessen, Mitglied im Beirat des IWAK, Mitglied im Beirat der Sparkassenversicherung, Mitglied im Trägerverein und im Vorstand der Heimvolkshochschule Fürsteneck

Sandro Witt

Stellv. Vorsitzender des DGB-Bezirk Hessen-Thüringen

geboren am 15.6.1981 in Pirna

Familienstand: verheiratet



- | | |
|-----------|---|
| 1993–1997 | Regelschule Suhl |
| 1997–1999 | BGJ Maßnahme während der Ausbildungssuche (Zella Mehlis) |
| 1999–2000 | Zivildienst Klinikum Suhl |
| 1998–2001 | Sprecher der Azubis in außerbetrieblicher Ausbildung |
| 2000–2003 | Ausbildung zum Bürokaufmann in außerbetrieblicher Ausbildung (Multivision 2000) |
| 2000 | Eintritt in ver.di |
| 2001–2003 | ehrenamtlicher Vorsitzender DGB Jugend Südthüringen |

2003–2004	Aushilfsjobs bei Kaufland, Marktkauf und als Packer bei Pressevertrieb Greiser und Ausbildung an der Heimvolkshochschule Hustedt (6-Wochen-Kurs)
2003–2006	ehrenamtlicher Vorsitzender DGB Jugend Thüringen
2004–2005	Jugendbildungsreferent DGB Mittelthüringen
2005–2006	Studium 70. Jahrgang an der Akademie der Arbeit Frankfurt am Main
2005–2006	Bundessprecher [solid] e.V.
2006–2010	Jugendbildungsreferent DGB Thüringen
2008–2010	Vorstand Landesjugendring Thüringen
2010–2014	Organisationssekretär im DGB-Büro Ostthüringen und Referent Berufliche Bildung DGB Hessen-Thüringen, Betriebsrat und stellv. Mitglied Gesamtbetriebsrat, Vorsitzender DGB Kreisverband Jena–Saale Holzlandkreis
seit 25. 01. 2014	stellv. Bezirksvorsitzender Hessen-Thüringen; Landesvertreter des DGB in Thüringen

Vorsitzender Mobit e.V., Vorsitzender Landesausschuss für Berufsbildung Thüringen, Mitglied im Verwaltungsrat der AOK Plus, Schatzmeister Freunde und Förderer der Europäischen Akademie der Arbeit e.V., 2. Vorsitzender DGB-Bildungswerk Thüringen, Vorsitzender Arbeit und Leben Thüringen, Vorsitzender Jugendförderverein ran e.V., Mitglied im MDR Rundfunkrat und bei ARTE G.E.I.E., Kuratoriumsmitglied Institut für Demokratie und Zivilcourage, Landessprecher Bündnis Mitmenschlich in Thüringen. Mitglied Landeswissenschaftskonferenz Thüringen, Mitglied Landesgesundheitskonferenz Thüringen.



DGB-
Zukunftsdialog



Reden wir über...

DER ZUKUNFTSDIALOG

DGB-Zukunftsdialog

Anfang 2019 startete der DGB-Zukunftsdialog mit seiner Beteiligungsphase. Bis zu deren Ende im Januar 2021 initiierte der DGB in Hessen und Thüringen – allen voran seine Stadt- und Kreisverbände – regionale Debatten und (Online-)Diskussionen, hörte dabei genau hin und sammelte die Wünsche, Forderungen und Ideen der Bürger*innen. Leitend für den gesamten Zukunftsdialog-Prozess waren und sind die beiden Fragen: Wie wollen wir arbeiten? Wie wollen wir leben? Wir wollten wissen: Was bewegt die Menschen in ihrem Arbeitsalltag und ihrer Lebenswirklichkeit? Was erwarten sie von der Zukunft? Welche eigenen Ideen haben sie und bringen sie ein?

Von den 14 Themen im Zukunftsdialog konzentrierten sich die meisten Aktivitäten im DGB-Bezirk Hessen-Thüringen auf die Schwerpunktthemen bezahlbarer Wohnraum, Tarifbindung, Investitionen und Alterssicherung.

Investitionen

Die Corona-Pandemie hat einerseits den Dialog erschwert. Andererseits hat sie – dort wo der Dialog über neue Wege stattfinden konnte – die Forderungen der Menschen nicht wesentlich verändert, sondern eher noch die Dringlichkeit zur Umsetzung aufgezeigt. Es geht ihnen um Gemeinschaft, um ein starkes Wir und um einen aktiv handelnden Staat, der die Gestaltung eines sicheren und gerechten und die Umwelt schonenden Zusammenlebens und Wirtschaftens übernimmt. Was klar wurde: Gesundheitsversorgung und Pflege, Bildungswesen, ÖPNV/SPNV und Infrastruktur bedürfen öffentlicher Zukunftsinvestitionen.



DGB Bensheim macht auf den Investitionsbedarf in der Hemsbergschule aufmerksam.

Wohnen

Das Spannungsfeld zwischen Miet- und weiteren Lebenshaltungskosten auf der einen sowie niedrigen Löhnen auf der anderen Seite ist für viele spürbar. So fühlen manche Menschen großen Druck im Arbeitsleben. Die Beiträge im Zukunftsdialog betonen die Verantwortung des Staates für bezahlbaren Wohnraum. Er sei verpflichtet, im Sinne der Daseinsvorsorge, Wohnraum für alle Menschen zur Verfügung zu stellen. In Zahlreichen Aktionen haben unsere Stadt- und Kreisverbände auf diesen Missstand hingewiesen und haben damit auch gezeigt: Wohnen ist ein Thema für die Gewerkschaften. Dies ist in der öffentlichen Diskussion weitgehend angekommen.



Aktionswoche Wohnen in Bad Hersfeld

Alterssicherung

In sämtlichen Aktivitäten rund um das Thema Alterssicherung mündeten die zahlreich geführten Gespräche stets in eine unmissverständliche Forderung: Die gesetzliche Rente muss zum Leben reichen und allen im Alter ein Leben in Würde ermöglichen. Dem würde die Rente mit 67 oder sogar später entgegenstehen.

Ganz im Sinne des Zukunftsdialogs initiierte Der DGB Hessen-Thüringen mit dem Bündnis für Soziale Gerechtigkeit in Hessen eine Kampagne zur Verhinderung von Altersarmut. Gefordert wurden neben einer Eindämmung des Niedriglohnssektors die Abschaffung von Minijobs, eine gesetzlich festgeschriebene Entgeltgleichheit von Frauen und Männern sowie eine bessere Bezahlung in der Erziehung und Pflege, die überwiegend von Frauen geleistet werden.

Tarifbindung und Transformation

Zum Schutz des Planeten ist ein klimaneutraler Umbau von Wirtschaft, Industrie und Dienstleistungen unausweichlich geworden. Diese Erkenntnis wird kaum noch in Frage gestellt. Entsprechend stehen immer mehr Menschen für ein stabiles Klima, gesunde Natur und mehr Biodiversität ein. Erkennbar zentrales Anliegen ist jedoch eine Balance zwischen den Interessen der Beschäftigten und denen der ganzen Gesellschaft. Für die vielschichtige Transformation werden daher auch Maßnahmen gefordert, die auf sicherer, guter und mitbestimmter Arbeit basieren. Eine hohe Tarifbindung ist der beste Garant dafür. In vielen Diskussionsveranstaltungen unserer Stad- und Kreisverbände, Pressemeldungen mit Bündnispartner*innen und im Dialog mit Politik zur Notwendigkeit von Tariftreuegesetzen haben wir uns für eine Stärkung der Tarifbindung eingesetzt. Mit einer eigenen

Studie in Kooperation mit dem Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) zur Tarifbindung in Thüringen, haben wir zusätzlich eine solide Datenbasis in den Diskurs eingebracht.



Vorstellung der Studie Tariffucht in der Thüringer Landespressekonferenz

Reden wir über ...

... Digitalisierung, Tariftreue, Leben und Arbeiten in der Pandemie. Drei Konferenzen im Zukunftsdialog in Nordhessen setzten Schwerpunkte und hatten Vernetzung sowie aktive Beteiligung im Fokus. 2019 gaben wir in sieben Foren kommunalpolitischen Zukunftsdialogthemen wie Gesundheitsversorgung, bezahlbarer Wohnraum, ÖPNV, Bildung und Betreuung ein Podium. So stritten wir u.a. mit politischen Mandatsträger*innen und forcierten den Austausch der Gewerkschaften zu Digitalisierung. Im November 2020 waren wir vier Stunden im Livestream am Start: „Leben, Arbeiten, Politik, Gewerkschaften ... in Zeiten der Pandemie?!“ Dies und mehr haben wir mit haupt- und ehrenamtlichen Kolleg*innen, mit Stefan Körzell und Michael Rudolph beleuchtet und damit zu Beginn einer langen Phase des Lockdowns ein echtes Zeichen gesetzt! Im Herbst 2021 fragen wir: Corona geht. Was geht, was bleibt? Was müssen wir angehen?! Ganz sicher nicht nur Homeoffice, auch Demokratie und Perspektiven im ländlichen Raum.

DGB-Region Nordhessen

Schlaglicht

Reden wir über...
DER ZUKUNFTSDIALOG

GEWERKSCHAFTEN
NORDHESSEN DGB

PANDEMIE

POLITIK
ARBEIT

DGB

Nordhessischer Zukunftsdialog
7. November 2020 – 10 bis 14 Uhr

Infos und Livestream auf:
www.nordhessen.dgb.de





Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik



Arbeitsmarktpolitik

Leitbild „Gute Arbeit“

In die politischen Auseinandersetzungen zu prekären Beschäftigungsverhältnissen, zeitlich befristeten Arbeitsverträgen, Minijobs oder auch zur Situation von Niedrigverdiener*innen hat sich der DGB Hessen-Thüringen in den vergangenen Jahren immer wieder mit seinen Vorstellungen von „Guter Arbeit“ eingeschaltet und für dieses Leitbild in Regierungsanhörungen, politischen Veranstaltungen und im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit geworben. Nach wie vor kämpfen wir für eine neue Ordnung am Arbeitsmarkt, für Beschäftigungssicherung, tarifliche Entlohnung und eine Arbeitszeitpolitik, die sich an den Interessen der Beschäftigten orientiert.

Während der Corona-Pandemie machte sich der DGB Hessen-Thüringen für die Beschäftigten in der Fleischindustrie und im Baugewerbe stark, die zum Beispiel in Frankfurt-Griesheim in Sammelunterkünften entgegen der gültigen Kontaktbeschränkungen untergebracht waren. Das Verbot von Leiharbeit und Werkverträgen in der Fleischindustrie wurde am Ende auf Druck der Gewerkschaften durchgesetzt – eine wichtige Maßnahme auf dem Weg zu „Guter Arbeit“ in dieser Branche. Wir setzen uns weiter für die Verstärkung von notwendigen gewerkschaftlichen Beratungsprojekten wie „Faire Mobilität“ ein. Ein weiteres Augenmerk legte der Bezirk während der Corona-Pandemie auf die Einkommensabsicherung berufstätiger Eltern, die aufgrund von Kita- und Schulschließungen ihre Kinder zu Hause betreuen mussten. Der DGB hat im Rahmen seiner Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit die schwerfällige hessische Landesregierung mehrfach dazu aufgefordert, die geltenden bundesweiten Bestimmungen im Infektionsschutzgesetz in Hessen umzusetzen.

Arbeitsmarktförderung

Das zum 1. Januar 2019 in Kraft getretene Teilhabechancengesetz sollte die Situation langjähriger Leistungsbezieher*innen im SGB II verbessern und Teilhabe am Arbeitsmarkt durch sozialversicherungspflichtige, tariflich entlohnte Beschäftigung fördern. Mittels großzügiger Lohnkostenzuschüsse an Unternehmen wurden bundesweit bis Mai 2021 bereits 42.000 Arbeitsplätze nach §16i SGB II geschaffen. In Thüringen befinden sich 11,6 Prozent der potentiell Anspruchsberechtigten in diesem Förderprogramm, in Hessen sind es nur 4,3 Prozent. Thüringen ist damit im bundesweiten Vergleich Spitzenreiter, Hessen hingegen Schlusslicht. So sehr das Konstrukt des Programmes auch zu begrüßen ist, so sehr gibt es gravierende Mängel in der Umsetzung. Ein Beispiel: eine Vielzahl an Jobcentern hat Arbeitsverträge mit einer Dauer von zwei statt fünf Jahren abgeschlossen. Die Tatsache, dass die Arbeitgeber*innen „nur“ in den ersten zwei Jahren eine 100 Prozent-Förderung erhalten und sich in den folgenden Jahren an den Lohnkosten beteiligen müssten, legt Mitnahmeeffekte nahe. Es waren die gewerkschaftlichen Mitglieder in den Beiräten der Jobcenter, die die Umsetzung des Teilhabechancengesetzes aktiv mitbegleitet und über erforderliche Stellungnahmen auf Missstände hingewiesen sowie konkrete Verbesserungsvorschläge unterbreitet haben. Der DGB Hessen-Thüringen hat über jährlich stattfindende Schulungen und Vernetzungstreffen die ehren- und hauptamtlichen Kolleg*innen in den Beiräten qualifiziert und unterstützt.

Fachkräfteentwicklung

Den Wehklagen der Arbeitgeber*innen über einen angeblichen Mangel an Fachkräften in sämtlichen Bereichen der Wirtschaft entgegen DGB und Gewerkschaften mit konstruktiven Vorschlägen zu rechtskreisübergreifenden Nach- und Weiterqualifizierungsoffensiven sowie zur innerbetrieblichen

Weiterbildung. Ohne eine Intensivierung unternehmerischer Anstrengungen in der Aus- und Weiterbildung, wird die Entwicklung von Fachkräften nicht zu lösen sein. In Hessen ist der DGB-Bezirk Hessen-Thüringen Teil des „Neuen Bündnisses Fachkräftesicherung“ des Hessischen Sozialministeriums, das erst in 2020 seine Arbeit aufgenommen hat. In Thüringen hat der Bezirk neben seiner Beteiligung in diversen Gremien das Thema der Sicherung, Gewinnung und Entwicklung von Fachkräften während einer breit angelegten Gesetzesinitiative der Landesregierung mit intensiver Lobbyarbeit und politischen Veranstaltungen, wie z. B. einer Diskussionsrunde mit Beteiligung von DGB- Bundesvorstandsmitglied Annelie Buntenbach und Vertreter*innen der Thüringer Landespolitik am 27. März 2019, begleitet.

Arbeits- und Gesundheitsschutz

Erzwungenermaßen wurde mobilen Arbeitsformen mit Ausbruch der pandemischen Lage große Aufmerksamkeit zuteil. Der DGB vertritt die Position, dass gesetzliche Vorschriften des Arbeitsschutzes selbstverständlich auch im Homeoffice gelten müssen. Einer Entgrenzung der Arbeit mit den daraus resultierenden psychischen Folgewirkungen muss eine Arbeitszeit-souveränität der Beschäftigten entgegengesetzt werden. In der Pandemie getroffene Ausnahmen von geltenden gesetzlichen Bestimmungen, wie zum Beispiel der Möglichkeit zur Sonntagsöffnung im hessischen Lebensmitteleinzelhandel, haben wir nachdrücklich kritisiert, bis sie seitens der hessischen Landesregierung zurückgenommen wurden. Von Arbeitgeber*innen betriebene Angriffe auf das Arbeitszeitgesetz konnten wir abwehren. In beiden Bundesländern arbeiten wir in „Allianzen für den freien Sonntag“ mit kirchlichen Verbänden konkret an der Verbesserung der Beschäftigungsbedingungen im Einzelhandel durch eine Begrenzung der Ladenöffnungszeiten und für den Sonntag als festen Tag für Familie und Erholung. Highlight der Arbeit der Thüringer Allianz für den freien Sonntag ist die jährliche Arbeitszeitkonferenz in Neudietendorf, die Akteure unterschiedlicher Bereichen sowie Politikerinnen und Politiker an einen Tisch bringt.



Michael Rudolph bei seiner Rede vor der Anhörung zu einem Antrag der CDU, den Anlassbezug bei der Ladenöffnung sowie das Recht auf zwei freie Samstage aufzuweichen.

In den Beiräten für Arbeitsschutz im hessischen Sozial- bzw. im thüringischen Arbeitsministerium haben wir uns für ein breiteres Verständnis des Arbeits- und Gesundheitsschutzes eingesetzt, das über eine rein technische Perspektive auf den Arbeitsschutz hinausgeht. Auf unsere Initiative hin wird in Hessen (wie bereits länger schon in Thüringen) seit 2020 der „DGB Index Gute Arbeit“ erhoben, damit die Landespolitik aktuelle Ergebnisse dieser Beschäftigtenbefragung in ihr politisches Handeln einfließen lassen kann. Damit konnten wir uns mit einem wichtigen Anliegen durchsetzen. Mit dem zeitgleich gegründeten Projekt „Arbeitsweltberichterstattung Hessen“ beim Hessischen Sozialministerium steht der DGB Hessen-Thüringen in engem Austausch zu Themen des Arbeitsschutzes.

Mit dem Weltkindertag am 20. September hat Thüringen einen weiteren gesetzlichen Feiertag hinzubekommen. Der DGB hatte sich dafür eingesetzt, weil zum einen Arbeitszeitstudien belegen, dass Thüringer*innen überdurchschnittlich lang arbeiten und zum anderen im Vergleich der Bundesländer die geringste Anzahl an gesetzlichen Feiertagen haben.

Inklusion

In Gremien der Landesregierungen und auch des Landeswohlfahrtsverbandes (LWV) Hessen vertreten wir mit haupt- und ehrenamtlichen Kolleg*innen die Interessen von Menschen mit Behinderungen. An der Seite von Betroffenenverbänden haben wir uns an diversen Anhörungsverfahren wie zum Hessischen Behindertengleichstellungsgesetz beteiligt. Gemeinsam konnten wir auch erreichen, dass der LWV Träger der Eingliederungshilfe schwerbehinderter Menschen in Hessen bleibt.

Mit dem Integrationsamt des LWV konnten wir die Attraktivität der bereits seit vielen Jahren erfolgreiche Tagung „aktiv² – gemeinsam handeln im Betrieb“ noch weiter steigern. Zielgruppe der Tagung sind neben Schwerbehindertenvertreter*innen auch Betriebs- und Personalräte. Im November 2019 konnten wir mit einer Tagung zu digitalen Assistenzsystemen für Menschen mit Behinderungen am Arbeitsplatz mit knapp 180 Anmeldungen aus ganz Hessen einen neuen Rekord bei den Teilnehmer*innen verzeichnen.

Sozialpolitik

Rentenpolitik

Die Renten-Kampagne des DGB zur vergangenen Bundestagswahl mit vielfältigen Aktionsformen wie Pendleraktionstage oder überregionale Demonstrationen in unserem Bezirk, hat zumindest teilweise zum Erfolg geführt: Der Sinkflug der Renten wurde zunächst gestoppt, das Rentenniveau bis 2025 bei 48 Prozent stabilisiert. Die Beschlüsse der Bundesregierung gehen uns aber nicht weit genug. Wir brauchen eine Anhebung des Rentenniveaus, mindestens auf 50 Prozent und wir werben für unser Konzept einer echten Erwerbstätigenversicherung, in die alle einzahlen. Die Zukunftsfähigkeit der Rentenversicherung, Diskussionen um das Renteneintrittsalter sowie das Problem drohender Altersarmut waren zentrale und immer wiederkehrende Themen in der Arbeit der DGB-Kreisverbände und anderer politischer Akteur*innen bei politischen Diskussionsveranstaltungen. Im „Bündnis Soziale Gerechtigkeit Hessen“ verabschiedeten wir gemeinsam mit kirchlichen und Sozialverbänden, dem Mieterbund, u.v.m. den Aufruf „Altersarmut verhindern“, dem sich eine Kampagne zur Stärkung der gesetzlichen Rente anschloss. Auch wenn die Grundrente mehr auf die Aufwertung von Lebensleistung, als auf die Bekämpfung von Altersarmut zielt, hat sie doch die Einkommenssituation vieler Rentner*innen entschieden verbessert – ein zentrales Anliegen der Arbeit des DGB.

Selbstverwaltung in den Sozialversicherungen

2017 fanden die letzten Sozialversicherungswahlen statt. Versicherte und ihre Arbeitgeber*innen sowie Rentner*innen wählen in den einzelnen Sozialversicherungszweigen alle sechs Jahre ihre Vertreter*innen in den Gremien der Selbstverwaltung. Bei den Wahlen zu den Gremien der AOK Hessen und der DRV Hessen ist der DGB Hessen-Thüringen Listenträger,

bei den Wahlen in die Gremien der AOK Plus und der DRV Mitteldeutschland ist der Listenträger der DGB Sachsen, der in einem koordinierten Verfahren und unter Beteiligung des DGB Hessen-Thüringen alle Fragen abstimmt. Des Weiteren sind hessische und thüringische Gewerkschafter*innen in den Verwaltungsräten anderer, bundesweit geöffneter Krankenkassen (wie z.B. den Innungskrankenkassen), im Medizinischen Dienst der Krankenkassen (MDK) und der DRV Bund vertreten. Auch in den Widerspruchsausschüssen der Krankenkassen sowie als Versichertenberater*innen bei der Rentenversicherung setzen sich unsere Kolleg*innen für die gesetzlich Versicherten ein und leisten wertvolle Unterstützungsarbeit. Die Rechte und Kompetenzen der Selbstverwaltung wurden in den vergangenen Jahren durch verschiedene Gesetze aus dem Bundesgesundheitsministerium stark eingeschränkt. Dagegen leistete der DGB Hessen-Thüringen zusammen mit den Sozialpartnern von VhU in Hessen beziehungsweise VWT in Thüringen Widerstand. Die Mitglieder in den Gremien der Selbstverwaltung der Krankenkassen haben an der Bewältigung der Corona-Pandemie mitgewirkt. Viele Maßnahmen wurden durch die Krankenkassen finanziert und administrativ gesteuert, wie die Beschaffung von Schutzausrüstungen, die Corona-Testungen oder der Aufbau der Intensivbettenkapazitäten. Die Mitglieder im Verwaltungsrat der AOK Hessen gestalten bei den Satzungsleuten der Kasse mit, setzen sich für notwendige Verbesserungen im Leistungskatalog ein und begleiten den digitalen Wandel im Gesundheitssystem aus der Perspektive der Versicherten. So ist es beispielsweise gelungen, die strukturierten Behandlungsprogramme für chronisch kranke Versicherte („Disease-Management-Programme“) attraktiver zu gestalten.

Gesundheitspolitik

Zum 01.01.2019 wurde die paritätische Beitragsfinanzierung in der gesetzlichen Krankversicherung (GKV) wieder eingeführt. Die Beiträge zur GKV finanzieren Arbeitgeber*innen und Versicherte nun wieder zu gleichen Teilen – ein Erfolg für die Gewerkschaften! Die Gesundheitspolitik der vergangenen Jahre unter Führung von Bundesminister Jens Spahn war gekennzeichnet durch teure Gesetzgebungsverfahren, deren Nutzen für die Versicherten überschaubar war. Gemeinsam mit den Vertreter*innen der Versicherten in den Selbstverwaltungsorganen der Krankenkassen haben wir uns dafür eingesetzt, dass bislang sprunghafte Beitragssatzsteigerungen bei den Kassen vermieden werden konnten. Dies könnte sich durch die Plünderung der Finanzrücklagen, die der Minister im Jahr 2020 betrieben hat, in Zukunft ändern. Gemeinsam mit den Arbeitgebern*innen haben wir sowohl auf politischer als auch auf Selbstverwaltungsebene gegen die Entnahme der Rücklagen gekämpft und gehen nun juristisch gegen das Gesundheitsversorgungsweiterentwicklungsgesetz vor. Dabei haben wir die Interessen der Versicherten immer im Blick.

Wir haben uns (nicht nur) in der Pandemie stark gemacht für die Aufwertung der Gesundheits- und Pflegeberufe. Wir standen solidarisch an der Seite der Kolleg*innen des Universitätsklinikums Gießen-Marburg und von ver.di, die sich für die Rücküberführung des UKGM in öffentliches Eigentum stark gemacht haben und unterstützten die Proteste der Beschäftigten der Sana-Kliniken in Offenbach, die sich gegen Outsourcingpläne und Beschäftigungsabbau im Gesundheitssystem inmitten der Corona-Pandemie wehren mussten. Wir streiten für eine qualitativ bestmögliche Gesundheitsversorgung über die Sektorengrenzen hinweg – in städtischen Ballungsgebieten ebenso wie im ländlichen Raum. Wir sehen Krankenhäuser nicht als profitorientierte Unternehmen, sondern als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Daher machen wir uns gegenüber politischen Entscheidungsträger*innen unter anderem dafür stark, dass sich die Länder Hessen und Thüringen pflichtgemäß an der Finanzierung der Investitionskosten beteiligen und die Kosten nicht auf die gesetzlich Versicherten abgewälzt werden.

Pflege

Die Weiterentwicklung der Pflegeversicherung wird die zentrale politische Notwendigkeit der kommenden Jahre werden. Mit unserer Positionierung in Richtung einer Pflegebürgervollversicherung und der Deckelung der Eigenanteile für die Pflegebedürftigen beziehungsweise ihrer Angehörigen haben wir uns auf den Weg gemacht, für eine solidarische und gute Pflege für alle zu streiten. Unser Konzept diskutieren wir vor Ort in politischen Veranstaltungen. Mit Nachdruck haben wir uns an unterschiedlichen Stellen für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Kranken- und Altenpflege eingesetzt. Nicht zuletzt in der Pandemie gerieten die Arbeitsbedingungen und die Löhne in der Pflege in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit. Dass der allgemeinverbindliche Tarifvertrag in der Altenpflege an der Verweigerungshaltung von Caritas und Diakonie gescheitert ist, haben wir öffentlich kritisiert und in Gesprächen aufgearbeitet.

Privatisierung des UKGM rückgängig machen

Die Privatisierung der Universitätsklinik Marburg und Gießen treibt die Region Mittelhessen bis heute um. Und doch müssen wir aus diesem nach wie vor unerhörten Vorgang als Gewerkschaften bundesweit eine klare Verpflichtung ableiten. Die beiden mittelhessischen Kliniken stehen wie ein Fanal für neoliberalen Privatisierungswahn. Hier wurden gleich zwei Einrichtungen einer bisher nicht dagewesenen Größenordnung der kapitalistischen Verwertungslogik unterworfen. Darüber hinaus handelt es sich bei den Universitätsklinik Marburg und Gießen auch um Einrichtungen, die in mehrfacher Hinsicht der öffentlichen Daseinsvorsorge gewidmet sein müssen. Zu der Aufgabe der Gesundheitsversorgung kommen noch die Aufgaben der Forschung und der Ausbildung von Nachwuchs für die unterschiedlichsten Berufe in und um die Gesundheitsversorgung.

Mittlerweile liegen belastbare Schätzungen vor, was ein Rückkauf der beiden Einrichtungen kosten würde. Mit den Kolleginnen und Kollegen aus allen Berufen in den beiden Kliniken müssen wir weiter für die Durchsetzung eines Rückkaufs kämpfen!

DGB-Region Mittelhessen



**Öffentlicher
Dienst und
Beamt*innen**



Öffentlicher Dienst und Beamt*innen

Der DGB Hessen-Thüringen nahm in den Jahren 2014 bis 2017 als Spitzenorganisation der Beamt*innen die gesetzlichen Beteiligungsrechte aktiv wahr und setzte sich gegenüber den Regierungen und Landtagen in enger Abstimmung mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes für bessere Arbeitsbedingungen unabhängig von der Statusgruppe ein. Gemäß der Thüringer Beteiligungsvereinbarung fanden regelmäßig Spitzengespräche mit den Staatssekretären von Finanz- und Innenministerium statt. Nach wie vor besteht ein erheblicher Unterschied bei Zugang und Offenheit für gewerkschaftliche Themen zwischen Thüringen und Hessen.

Der DGB fordert grundsätzlich die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung ausgehandelter Tarifergebnisse auf die Beamt*innen. Dem folgten 2019 im Anschluss an die Tarifrunde der Länder und des TV-Hessen beide Länder. Abgelehnt wurde in Thüringen hingegen die Forderung, die tariflichen Mindesterhöhungsbeträge zu übertragen.

Aufsehen erregten zwei Urteile des Bundesverfassungsgerichts im Jahr 2020, worin das Gericht seine Rechtsprechung, dass immer ein Mindestabstand von 15 Prozent zur Grundsicherung gewahrt sein muss, schärfte. Da somit die Besoldungen aller Länder als teilweise verfassungswidrig galten, forderte der DGB eine schnelle Korrektur. Thüringen räumte vergleichsweise schnell einen Änderungsbedarf ein und sagte eine Besoldungsreparatur rückwirkend für 2020 zu. Allerdings ließ das Gesetz zur Herstellung einer verfassungsgemäßen Alimentation auf sich warten und wurde bis zum Redaktionsschluss durch den Landtag noch nicht beschlossen. Das Land Hessen stritt erst einmal jedes Problem ab und legt bisher keine Vorschläge vor, eine verfassungskonforme Alimentation herzustellen.

Weiterer Schwerpunkt in der vergangenen Wahlperiode war die Verbesserung der Mitbestimmung im öffentlichen Dienst. Kernpunkte waren die

Erweiterung der Mitbestimmungsrechte und der Freistellungen für Personalratsmitglieder, um mehr Ressourcen für die Mitbestimmung zu erlangen, sowie die Schließung von Beteiligungslücken etwa bei studentischen und wissenschaftlichen Hilfskräften.

In Thüringen gelang es nach anfänglichen Schwierigkeiten, gewerkschaftliche Kernpunkte im Personalvertretungsgesetz zu verankern. Die rot-rot-grüne Koalition bekannte sich in ihrem Koalitionsvertrag 2014 zur Stärkung der Personalräte. Der durch die Landesregierung vorgelegte Entwurf zur Novellierung des Thüringer Personalvertretungsgesetzes enttäuschte jedoch. Die durch den DGB in enger Abstimmung mit allen ÖD-Gewerkschaften geleisteten Zuarbeiten fanden sich kaum wieder.

Nach intensiven Gesprächen mit den Regierungsfractionen machten sich diese aber die Kernforderungen – die Allzuständigkeit der Personalräte nach Schleswig-Holsteinischer-Modell, die volle Mitbestimmung für studentische, wissenschaftliche und künstlerische Beschäftigte sowie mehr Freistellungen – zu Eigen. Verschiedene Rechtsfragen sind zum jetzigen Zeitpunkt allerdings ungeklärt und bedürften der weiteren Auseinandersetzung.

Auch die schwarz-grüne hessische Koalition bekennt sich in ihrem Koalitionsvertrag zur zeitgemäßen Fortentwicklung des Personalvertretungsrechts. Eine beim DGB eingerichtete Arbeitsgruppe erarbeitete umfangreiche Vorschläge mit dem Ziel, die seit 1999 durchgesetzten erheblichen Verschlechterungen für Personalräte umzukehren. Kernforderungen sind die umfassende Stärkung der Mitbestimmung, die Ausweitung der Freistellungen sowie die gesetzliche Regelung von Teilfreistellungen und Freistellungen im Bereich Schule. Auch sollen die Freistellungen der Personalratsvorsitzenden nicht mehr auf ihre Liste und Gruppe angerechnet werden. Beendet werden muss der Ausschluss von künstlerischen, wissenschaftlichen oder studentischen Beschäftigten von der Mitbestimmung. In beide Personalvertretungsgesetze wurde in der Corona-Pandemie die digitale Beschlussfassung eingeführt, was Gegenstand kontroverser Diskussionen war und ist.

Das Land Thüringen hat, wie durch den DGB gefordert, die Pauschale Beihilfe als alternative Form der Beihilfegewährung eingeführt. Die Hessische Landesregierung lehnt die Pauschale Beihilfe ab.

In beiden Bundesländer steht dauerhaft die Attraktivität des öffentlichen Dienstes auf der Agenda. Thüringen hat 2019 endlich den „Personalabbau-pfad“ aufgegeben. Die eigentliche Herausforderung aller Bundesländer heißt heute Personalgewinnung. Massive Versäumnisse unter dem Dogma des schlanken Staates und der schwarzen Null machen sich in überall bemerkbar, wobei fehlende Lehrkräfte und unbesetzte Polizei-Stellen besonders wahrgenommen werden. Vorschläge für mehr Wertschätzung und die systematische Aufwertung des öffentlichen Dienstes zu unterbreiten, wird künftige eine noch zentralere Aufgabe des DGB sein. Gute Arbeit im öffentlichen Dienst ist nicht nur wichtig für die aktuell Beschäftigten. Genügend motivierte und qualifizierte Beschäftigte zu gewinnen und bis ins Rentenalter zu halten, ist die Voraussetzung für eine krisenfeste Daseinsvorsorge und gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Hessen und Thüringen.



Wirtschafts- und Strukturpolitik



Wirtschaftspolitik

Die Schwerpunkte der Arbeit der Abteilung Wirtschaftspolitik bildeten in den vergangenen vier Jahren zum einen die Auseinandersetzung mit der Finanzpolitik in Hessen und Thüringen. Dabei ist in beiden Bundesländern eine strukturelle Unterfinanzierung auszumachen, die sich auch in erheblichen personellen Engpässen zeigt. Regelmäßig wurden öffentlichkeitswirksam Forderungen, unter anderem der neoliberal geprägten Rechnungshöfe, nach Personalabbau und Haushaltskürzungen zurückgewiesen. Für Hessen werden jährlich die Forderungen der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes für den Landeshalt zusammengestellt, öffentlich präsentiert und mit den demokratischen Landtagsfraktionen diskutiert. In Thüringen wurde 2019 erstmals ein Forderungspapier zum Landeshaushalt vorgestellt. Zum anderen hat sich der DGB Hessen-Thüringen immer wieder mit dem erheblichen Investitionsstau im Bereich der öffentlichen Infrastruktur auseinandergesetzt – zuletzt mit einer Kurzstudie zur regionalen Investitionsentwicklung in Thüringen seit Mitte der 1990er Jahre.

Im Zuge der Corona-Pandemie wurden vom DGB Hessen-Thüringen umfangreiche Vorschläge zur Errichtung von Sondervermögen und Konjunkturmaßnahmen vorgelegt. Der Bezirk hat sich an der politischen Debatte über die Versäumnisse, insbesondere in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Digitalisierung, positioniert und für einen aktiven, handlungsfähigen Staat ausgesprochen. Die Vorschläge des DGB-Bezirks Hessen-Thüringen hatten sowohl zum Ziel, die Krise zu bewältigen und einen Konjunkturaufschwung einzuleiten, als auch zielgerichtet in gleichwertige Lebensverhältnisse und die sozial-ökologische Transformation zu investieren.

In Hessen ist die Landesregierung der Grundidee mit der Errichtung eines zwölf Milliarden Euro umfassenden Sondervermögens gefolgt. Thüringen war von einer restriktiven Haushaltsdebatte und dem Festhalten an unrealistischen und konjunkturpolitisch verfehlten Tilgungszielen gekennzeichnet. Der Bezirk hat die Politik der „Schwarzen Null“ konstant öffentlich kritisiert und als größtes Konjunkturrisiko für die Jahre ab 2022 benannt.

Tarifbindung

Neben der Finanzpolitik bildete die Entwicklung der Einkommensverteilung einen weiteren Schwerpunkt für die wirtschaftspolitische Abteilung – dies gilt sowohl für Hessen, als auch für Thüringen. Hierbei wurde die Stärkung der seit Jahren rückläufigen Tarifbindung in den Mittelpunkt der Auseinandersetzungen und Aktivitäten gestellt. Kern der Forderung ist die Koppelung staatlicher und kommunaler Aufträge an die Tarifbindung der Unternehmen. In Thüringen gelang es uns im Rahmen der Novellierung des Vergabegesetzes die Verankerung gewerkschaftlicher Kernforderungen im Gesetz zu erreichen. Hervorzuheben ist, dass sich Thüringen als erstes Bundesland mit einer konstitutiven Tariftreueklausel zum Ziel der branchenunabhängigen Tariftreue bei der Vergabe bekannt sowie einen in der Höhe angemessenen vergabespezifischen Mindestlohn eingeführt hat. Die Auseinandersetzung mit diversen Umsetzungsproblemen und dem zu eingeschränkten Geltungsbereich waren allerdings seitdem ein zentrales Arbeitsfeld in Thüringen.



Ferner gelang es das Thema Ausweitung der Tariftreueregelungen auf die Kommunen im Koalitionsvertrag der rot-rot-grünen Landesregierung zu verankern. Die Umsetzung scheiterte jedoch bislang an der fehlenden Mehrheit im Thüringer Landtag. Insbesondere die CDU-Fraktion drängt hier auf die Streichung aller Errungenschaften im Bereich der Tarifbindung und des Vergabemindestlohnes.

In Hessen konnten trotz intensiver Gespräche mit dem grün geführten Ministerium auf Spitzen- und Fachebene keine Verbesserungen bei der staatlichen Auftragsvergabe erreicht werden. Die Landesregierung hat alle Vorschläge zu Tariftreueklauseln, die von den Gewerkschaften und mitunter auch von den Verbänden der Arbeitgeber*innen vorgebracht wurden, ignoriert.

Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut der Hans-Böckler-Stiftung erarbeitete im Auftrag des DGB Hessen-Thüringen die Studie „Tarifbindung und Tarifflicht in Thüringen“, die im Vorfeld der Bundestagswahl 2021 vorgestellt wurde. Auch hieraus ist dringender Handlungsbedarf zur Stärkung der Tarifbindung, die aktuell noch 18 Prozent der Betriebe und 44 Prozent der Beschäftigten erfasst, abzuleiten.

Die Abteilungen Wirtschaftspolitik und Strukturpolitik haben auch in den vergangenen Jahren wieder gemeinsam zwei Buchpublikationen betreut. Der Sammelband *Verlässlich gestaltet – Perspektiven eröffnet?* erschien anlässlich der hessischen Landtagswahl im Jahr 2018 und befasste sich umfassend mit verschiedenen Politikfeldern der Landespolitik. Im Jahr 2020 wurde ein weiteres Buch mit strukturpolitischen Aufsätzen zusammengestellt – diese Veröffentlichung trägt den Titel *Strukturwandel in Thüringen gestalten*.

Für ein soziales und solidarisches Europa

Auch und gerade in der Corona-Pandemie sind gewerkschaftliche Solidarität und internationale Zusammenarbeit unverzichtbar.

Seit vielen Jahren verbindet die Gewerkschaftsverbände CGIL Rimini, CSdL San Marino, CGT Grand Est und den DGB Südhessen eine sehr lebendige und aktive Partnerschaft. Auch und gerade in der Corona-Pandemie stehen die vier Partnergewerkschaften mit Videokonferenzen, per Mail und Telefon in einem engen Austausch. An der jüngsten Videokonferenz nahm auch der DGB-Bezirksvorsitzende Michael Rudolph teil, was die Bedeutung der Kooperation unterstreicht: „Wie wichtig die grenzüberschreitende gewerkschaftliche Kooperation ist, zeigt sich vor allem in Krisenzeiten“.

Schlaglicht

In einer gemeinsamen Resolution von CGIL Rimini, CSdL San Marino, CGT Grad-Est und dem DGB Südhessen wird festgestellt: „Um die Corona-Pandemie erfolgreich zu überwinden, sind europäisch-internationale Strategien unverzichtbar. Für die Lösung der großen Menschheitsprobleme brauchen wir nicht weniger, sondern mehr Zusammenarbeit und Solidarität. Europa darf nicht den Rückwärtsgang einlegen und in Nationalismus und Kleinstaaterei zurückfallen. Wir müssen die europäische Idee, die Demokratie und die Menschenwürde gegen den Angriff von rechts entschlossen verteidigen“.

Für die Gewerkschafter*innen aus Italien, Frankreich und Deutschland ist klar: „Wir setzen uns für eine solidarische und soziale Gesellschaft und für eine Politik ein, in der der Mensch im Mittelpunkt steht und nicht der Markt. Mensch und Umwelt müssen Vorrang haben vor Kapital- und Profitinteressen. Für die Durchsetzung des notwendigen Politikwechsels sind mitgliederstarke Gewerkschaften und breite soziale Bündnisse unverzichtbar“.

DGB-Region Südhessen

Transformation

Die DGB-Region Südosthessen ist insbesondere stark von den wirtschaftlichen Veränderungen in der Industrie betroffen, da in der Region viele Automobilzulieferer angesiedelt sind. Infolgedessen stieg die Anzahl der betrieblichen Auseinandersetzungen. Beispielhaft sind dabei die Kämpfe um die Existenz der Arbeitsplätze in den Betrieben „Norma Maintal“, „Dunlop“ in Hanau und Fulda, „Veritas“ in Gelnhausen und ABB in Großauheim zu nennen. Bei diesen Auseinandersetzungen haben wir gemeinsam mit den Mitgliedsgewerkschaften die Beschäftigten solidarisch unterstützt.



Strukturpolitik

Industrie und Dienstleistungen sind von einem Strukturwandel geprägt, der tiefgreifende Veränderungen für die Beschäftigten zur Folge hat. Als Herausforderungen gelten etwa die Digitalisierung, der Klimawandel und die Energie- und Mobilitätswende. Dazu kam die Corona-Krise, die den Wandel beschleunigt hat.

Der DGB Hessen-Thüringen hat sich im Berichtszeitraum dafür eingesetzt, dass die Folgen des Strukturwandels für die Beschäftigten seitens der Landesregierungen in den Fokus genommen werden. Aus Sicht des DGB muss der Wandel gerecht gestaltet werden (engl. „Just Transition“). Dazu gehört, dass Strukturbrüche vermieden, Arbeitsplätze gesichert und neue Perspektiven für die betroffenen Beschäftigten durch „Gute Arbeit“ und Qualifizierung erschlossen werden.

Um seine Anliegen einzubringen, hat der DGB-Bezirk Gespräche mit den Landesregierungen und den in den Landtagen vertretenen Fraktionen und Parteien geführt, Stellungnahmen abgegeben, an mündlichen Anhörungen teilgenommen und Pressemitteilungen veröffentlicht. Die Forderung nach einem gerechten Wandel und mehr Investitionen in die Infrastruktur bildete auch einen Schwerpunkt in den Kampagnen zu den Landtagswahlen.

In Hessen wurde auf Vorschlag des DGB-Bezirks ein Industrietrialog durch den Wirtschaftsminister initiiert, an dem neben dem DGB und einigen Industriegewerkschaften die Arbeitgeber*innenverbände der Industriebranchen und die Landesregierung beteiligt sind. Konkrete Ergebnisse hat der Trialog bisher jedoch nicht hervorgebracht.

Anders zeigt sich die Situation in Thüringen. Hier konnten wir in den genannten Gesprächen auf die Errichtung einer Transformationsagentur mit Lotsenfunktion hinwirken. Untermauert werden die Initiativen der Landesregierung zur Gestaltung der Transformation durch die Einrichtung eines von uns geforderten Transformationsfonds.

Darüber hinaus seien die folgenden Aktivitäten beispielhaft (!) genannt:

Regionale Strukturförderung

Zur Vorbereitung der neuen EU-Förderperiode 2021–2027 wurde ein Arbeitskreis zur Neuausrichtung der regionalen Strukturförderung gegründet. Dieser hat für beide Bundesländer Eckpunktepapiere zur inhaltlichen Ausgestaltung und Umsetzung der EU-Fonds erarbeitet. Sie dienten als Basis für Gespräche mit den für die EU-Fonds zuständigen Verwaltungsbehörden und in den Begleitausschüssen.

Arbeitskreis Industriepolitik

Außerdem wurde ein Arbeitskreis „Industriepolitik“ eingerichtet, der dazu diente, eine gewerkschaftliche Positionierung abzustimmen. Diese wurde in den „Hessischen Industrietrichter“ eingebracht. Der Arbeitskreis erarbeitete zudem ein industriepolitisches Positionspapier für Thüringen und führte mehrere industriepolitische Veranstaltungen in dem Bundesland durch.

Nachhaltigkeitsstrategie

Der DGB Hessen-Thüringen hat sich zudem dafür eingesetzt, dass in die Nachhaltigkeitsstrategien der Landesregierungen „menschenwürdige Arbeit“ als Ziel aufgenommen und mit geeigneten Indikatoren wie beispielsweise Tarifbindung hinterlegt wird, um den Fortschritt bei der Zielerreichung messen zu können.

Digitalisierungsstrategie

Darüber hinaus hat der DGB Hessen-Thüringen zu den aktualisierten Digitalisierungsstrategien der Landesregierungen Stellung genommen und Gespräche mit den zuständigen Ministerien geführt. Einen Schwerpunkt bildete dabei das Thema „Künstliche Intelligenz“ (KI). Der DGB hat sich dafür eingesetzt, dass das gewerkschaftliche Konzept „Gute Arbeit by design“

bei dem Einsatz von KI-Technologien berücksichtigt wird. Der Arbeitskreis „Digitalisierung der Arbeitswelt“ ermöglichte den Gewerkschaften einen Austausch zu dem Thema.

Corona

In der Corona-Krise hat der DGB Hessen-Thüringen die Gewerkschaften über die aktuellen Verordnungen und Hilfsprogramme informiert und die gewerkschaftlichen Anliegen zur Bewältigung der negativen Folgen gegenüber den Landesregierungen eingebracht.

Kampagne „Bezahlbarer Wohnraum – für alle“

Bezahlbarer Wohnraum ist in den vergangenen Jahren zur Mangelware geworden. Insbesondere in den Ballungszentren – wie dem Rhein-Main-Gebiet – finden selbst Arbeitnehmer*innen aus den mittleren Einkommenssegmenten kaum noch bezahlbare Wohnungen. In der Landeshauptstadt Wiesbaden hat der DGB-Kreisverband in den vergangenen Jahren ein Wohnraumbündnis aufgebaut, das zahlreiche Infostände, Veranstaltungen im Vorfeld von Wahlen sowie Kundgebungen durchgeführt und mittels regelmäßiger Pressemeldungen den Handlungsbedarf betont hat. Im Vorfeld der Kommunalwahlen 2021 konnte der DGB Oberbürgermeister Gert-Uwe Mende mehr als 3000 Unterschriften für bezahlbaren Wohnraum überreichen. Die kontinuierlichen Aktivitäten haben nicht nur dazu beigetragen, dass das Thema in der Stadtgesellschaft an Bedeutung gewonnen hat. Durch einen Mietendeckel für die städtischen Wohnungsbaugesellschaften konnten konkrete Verbesserungen erreicht und der Anstieg des Mietspiegels in Wiesbaden gestoppt werden.

DGB-Region Frankfurt-Rhein-Main

Wohnen

Bezahlbarer Wohnraum ist in den Städten und Ballungsräumen knapp und die Mieten steigen sehr stark an. Der DGB Hessen-Thüringen engagierte sich daher für mehr öffentliche Investitionen in den Wohnungsbau und mehr Schutz für Mieter*innen. Wohnungspolitik ist grundsätzlich Länderaufgabe. Aber auch die Kommunen haben die Möglichkeit wohnungspolitisch aktiv zu werden. Eine zentrale Rolle kommt dabei den öffentlichen Wohnungsgesellschaften zu. Daher setzte sich der DGB-Bezirk für deren Stärkung bzw. Gründung ein.

Der DGB Hessen-Thüringen koordinierte die Gewerkschaftsarbeit und stimmte gewerkschaftliche Positionierungen zum Thema „Wohnen“ ab. Diese bildeten die Grundlage für Gespräche mit der Politik auf der Ebene des Landes und der Kommunen. Außerdem flossen sie in Stellungnahmen und Anhörungen ein. Einen thematischen Schwerpunkt bildete dabei die Wohnraumförderung des Landes.

Der DGB Hessen-Thüringen forderte die Schaffung von mehr Sozialwohnungen. Der Privatisierung öffentlicher Wohnungsbestände und Grundstücke trat er klar entgegen. Zudem appellierte er an Land und Kommunen, eine aktive Bodenpolitik zu betreiben, Spekulation zu bekämpfen und das Personal in der Bauverwaltung aufzustoßen.

Das Thema „Wohnen“ bildete einen Schwerpunkt im Rahmen des Zukunftsdialogs und in den Kampagnen zu den Landtags- und Kommunalwahlen. Die DGB-Regionen und der DGB-Bezirk führten Demonstrationen, Veranstaltungen und zahlreiche weitere Aktivitäten gemeinsam mit wohnungspolitischen Partnern*innen in Bündnissen durch.

Der DGB Hessen-Thüringen ist Mitglied im Bündnis #Mietenwahnsinn-Hessen. In vielen Kommunen gibt es zudem lokale wohnungspolitische Bündnisse, in denen die Stadt- und Kreisverbände aktiv sind.

Kurz vor der hessischen Landtagswahl fand 2019 eine Demonstration mit mehreren tausend Menschen in Frankfurt statt. Zuvor war eine Pestel-Studie veröffentlicht worden, die den Wohnraumbedarf für das Bundesland aufgezeigt hatte.

Im Rahmen des Zukunftsdialogs wurden 2019 über 30 Veranstaltungen in Hessen und Thüringen durchgeführt.

Der Bezirk unterstützte 2020 und 2021 die online-Petition „Mietenstopp für alle“. Diese bildete auch einen Schwerpunkt bei den hessischen Kommunalwahlen. Seit 2021 beteiligt sich der DGB Hessen-Thüringen an der bundesweiten Kampagne „Mietenstopp“. Dazu fand ein Aktionstag statt, an dem wiederum zahlreiche Aktionen in Hessen und Thüringen durchgeführt wurden.

Während der Corona-Krise setzte sich der DGB dafür ein, dass die negativen Folgen der Krise für die Mieter*innen begrenzt werden. Dabei stand die Forderung nach einem Kündigungsschutz für Mieter*innen, die coronabedingt ihre Miete nicht bezahlen können, im Zentrum. Außerdem setzte er sich für den besseren Schutz mobiler Arbeitskräfte in Sammelunterkünften ein.

Der DGB Hessen-Thüringen beschäftigte sich auch mit der Situation der ländlichen Gebiete, die von Abwanderung und Leerstand geprägt sind. Hier forderte er mehr Investitionen in die öffentliche Daseinsvorsorge. Zudem setzte er sich dafür ein, dass der altersgerechte und barrierefreie Umbau des Bestands stärker gefördert wird.



Bildung und Ausbildung



Bildung und berufliche Bildung

Schulische Bildung

In der vergangenen Legislaturperiode des Bundestages haben die Koalitionsparteien SPD, CDU und CSU vereinbart, ein Gesetz zu verabschieden, welches einen Rechtsanspruch der Grundschüler*innen auf Ganztagsbetreuung in allen Schulen festschreibt. Das Gesetz wurde aber erst in den letzten Monaten vor Ende der Legislatur verabschiedet. Vorausgegangen war ein jahrelanger Streit zwischen Bund und Ländern über die Finanzierung. Im Bundesrat wurde das Gesetz erst nach Anrufung des Vermittlungsausschusses im September 2021 gebilligt. Auf Landesebene haben wir insbesondere im Verbund mit ver.di und der GEW unsere Forderungen an die hessische Landesregierung adressiert, da sie eine der Blockierenden im Bundesrat und in den Gesprächen zwischen Bund und Ländern zu einer zufriedenstellenden Lösung war. Nach der Verabschiedung des Gesetzes, ist es zukünftig unsere Aufgabe darauf zu achten und hinzuwirken dass Qualitätskriterien für den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in der Ländergesetzgebung verankert werden.

Berufliche Bildung

OPTIMIERUNG DER LOKALEN VERMITTLUNGSARBEIT IM ÜBERGANG SCHULE – BERUF

OloV steht in Hessen für die „Optimierung der lokalen Vermittlungsarbeit im Übergang Schule – Beruf“. Olov hat dazu geführt, dass die Option einer Berufsausbildung in den Abgangsklassen der hessischen Schulen eine angemessene Rolle spielt. Es bleibt jedoch bei unserer Kritik, dass in

Gestalt des zugekauften (!) Compo7 Tests, die Schüler*innen einer Bewertungsrunde unterzogen werden, die sich kaum in den Schulalltag einfügen lässt und keinen der schulischen Akteur*innen erkennbar weiter bringt.

Benannte Mitglieder für die Arbeitnehmerseite im OloV-Bündnis auf Landesebene sind:

Gregor Gallner (DGB-Jugend)

Tobias Huth (DGB)

Angelika Kappe (ver.di)

Matthias Körner (DGB)

Andrea Michel (GEW) / Christoph Baumann (GEW)

BÜNDNIS FÜR AUSBILDUNG UND FACHKRÄFTESICHERUNG (HESSEN)

Im Januar 2020 ist der DGB in Hessen dem „Bündnis Ausbildung Hessen 2020–2024“ beigetreten. Dem vorausgegangen waren kontroverse Diskussionen im Bezirksvorstand für und gegen einen Beitritt in die diversen Ausbildungsbündnisse. Auch in Zukunft werden wir dabei bleiben, derartige Beteiligungen von vornherein weder abzulehnen noch einzufordern, sondern entlang der konkreten Inhalte zu prüfen.

Benannt für das Bündnis Ausbildung Hessen sind:

Matthias Körner (DGB)

Tobias Huth (DGB)

Christoph Möglich (IGM)

Ralf Becker (GEW)

Angelika Kappe (ver.di)

Gregor Gallner (DGB-Jugend)

ALLIANZ FÜR AUSBILDUNG UND FACHKRÄFTESICHERUNG (THÜRINGEN)

In Thüringen sind wir seit 2017 Mitglied der Allianz für Ausbildung und Fachkräftesicherung. Seit 2020 verhandeln wir über deren Weiterentwicklung. Auch hier gilt, dass wir unseren Beitritt zu der Allianz daran festmachen, ob wir unsere gewerkschaftspolitischen Positionen darin verankern können.

Seit 2020 beschäftigen sich die Ausbildungsbündnisse überwiegend mit den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den Ausbildungsmarkt. Die Pandemie hat die Situation nochmals verkompliziert. Um den Ausbildungsmarkt zu stützen, sind Förderprogramme und Programme zur Verbundausbildung aufgelegt worden.

Trotzdem ist in den Jahren 2020 und 2021 die Anzahl der abgeschlossenen Ausbildungsverhältnisse um etwa ein Fünftel eingebrochen. Das entspricht in der Größenordnung etwa dem Einbruch in der Finanzmarktkrise 2008, von dem sich das duale System bis heute nicht erholt hat. Es ist zur Drucklegung dieses Berichtes zu früh für Schlussfolgerungen. Aber es steht zu befürchten, dass das duale System in eine quantitative Krise geraten ist, die uns lange beschäftigen wird.

Weitere Schwerpunkte, mit denen sich die Ausbildungsbündnisse in Hessen und Thüringen beschäftigt haben, sind die Auswirkungen von industrieller Transformation, Strukturwandel und zunehmender Digitalisierung von Berufsfeldern. In diesen Bereichen kommt auch der Weiterbildung eine besondere Bedeutung zu, damit die Arbeitnehmer*innen die neuen Anforderungen in vielen Berufsfeldern bewältigen können.

LANDESAUSSCHÜSSE FÜR BERUFLICHE BILDUNG IN HESSEN UND THÜRINGEN

Die Landesausschüsse für berufliche Bildung beraten die Landesregierungen in Fragen der Berufsbildung und wirken auf die stetige Entwicklung der beruflichen Bildung hin. Zur Stärkung der regionalen Ausbildungs- und Beschäftigungssituation kann der LAB Empfehlungen zur inhaltlichen und organisatorischen Abstimmung sowie zur Verbesserung der Ausbildungsangebote aussprechen.

Auch dort beschäftigen die Mitglieder die Ausbildungssituation, die Digitalisierung und aktuell die Berufsschulnetzplanung.

Im LAB Hessen stellen wir mit Matthias Körner (Geschäftsführer DGB-Region Mittelhessen) den alternierenden Vorsitzenden der Arbeitnehmer*innen-Seite. In Thüringen ist Thomas Steinhäuser (1. Bevollmächtigter der IGM Suhl-Sonneberg) alternierender Vorsitzender der Arbeitnehmer*innen-Seite.

Weitere Mitglieder der Arbeitnehmer*innen -Bank im LAB Hessen:

Markus Heberling (GEW)
Robert Herth (IG BAU)
Tobias Huth (DGB)
Christoph Möglich (IGM)
Stefanie Taxweiler (IG BCE)

Weitere Mitglieder der Arbeitnehmer*innen -Bank im LAB Thüringen:

Tobias Huth (DGB)
Madelene Müller (ver.di)
Uwe Rossbach (GEW)
Stefanie Taxweiler (IG BCE)
Jochen Weiß (GEW)

HOCHSCHULPOLITIK

In Thüringen arbeiten wir im Hochschulrat der Dualen Hochschule Gera-Eisenach mit. Für die Gewerkschaften sind dafür Gregor Gallner (DGB-Jugend) und Tobias Huth (DGB) benannt.

Die Duale Hochschule Gera-Eisenach ist eine staatliche Hochschule, die auf duale praxisintegrierende Studiengänge spezialisiert ist. Der Hochschulrat ist ein zentrales Organ der Dualen Hochschule. Er tagt im Durchschnitt zweimal jährlich. Schwerpunktthemen sind dabei die Struktur- und Entwicklungsplanung der Hochschule, der Wirtschaftsplan und aktuelle Themen aus der Hochschulentwicklung.

Erwachsenenbildung

In der Erwachsenenbildung haben wir in den letzten vier Jahren an Evaluierungen und der Weiterentwicklung der Bildungsurlaubsgesetze in Hessen und Thüringen mitgewirkt. Insbesondere setzen wir uns in Thüringen dafür ein, dass alle Arbeitnehmer*innen einen Anspruch auf fünf Tage Bildungsurlaub im Kalenderjahr erhalten. In Hessen haben wir an der Fortschreibung und Evaluierung des Hessischen Bildungsurlaubsgesetzes mitgearbeitet. Durch die Corona-Pandemie sind auch hier digitale Formate erprobt worden, die auch zukünftig in die Bildungsurlaubsgesetze ihren Eingang finden sollen.



Handwerk



Handwerksarbeit

Mit Inkrafttreten der Handwerksordnung 1953 wurde festgelegt, dass Arbeitnehmervertreter*innen mit einem Drittel der Sitze in den Vollversammlungen und in den Vorständen der Handwerkskammern vertreten sind. Seitdem bringen die Beschäftigten im Handwerk ihr Know-how und ihre Interessen in die Arbeit der Kammern ein.

Im Zuge der HwO-Novelle 2020 wurden zwölf Gewerke wieder meisterpflichtig und in die Anlage A überführt. Ein Anstieg der zulassungspflichtigen Betriebe ist seitdem zu verzeichnen. Ein weiterer Schritt in die richtige Richtung ist, dass die Innungen in ihrer Aufgabe als Tarifparteien gestärkt sind. Das Abschließen von Tarifverträgen gehört nun ausdrücklich zum „gemeinsamen gewerblichen Interesse“, das die Innung fördert (§ 52 HwO). Diese Klarstellung und die damit verbundene Absage an einen Wettbewerb, der allein über den billigsten Preis ausgetragen wird, war mehr als überfällig und eröffnet Perspektiven für „Gute Arbeit“ im Handwerk. Eine gute Tradition in Hessen sind die jährlichen Spitzengespräche zwischen der Arbeitsgemeinschaft der Hessischen Handwerkskammern und dem DGB-Bezirk mit seinen Mitgliedsgewerkschaften – so auch im Berichtszeitraum. Hier findet der Austausch zur wirtschaftlichen Lage des Handwerks, zur Ausbildungsplatzsituation, zum Thema Fachkräftesicherung und anderen Themen statt.

Im Gespräch Mitte 2021 standen die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den Ausbildungsmarkt mit im Mittelpunkt. Der DGB Hessen-Thüringen und das Handwerk waren sich einig, dass es wichtig ist, diese möglichst gering zu halten. Ein wichtiges Instrument für interessierte Schulabgänger*innen waren die Praktika in den Betrieben. Mit dem Sinken der Inzidenzzahlen gilt es nun, die Aktivitäten wieder verstärkt anlaufen zu lassen.

Die Kolleg*innen in den Vollversammlungen der Handwerkskammern in Hessen-Thüringen haben sich alle für das Folgeprojekt „PerSe Plus“ beworben und die weitere Zusage erhalten.

Zahlreiche Veranstaltungen, Workshops und Seminare wurden angeboten und von vielen unserer Kolleg*innen, die im Handwerk tätig sind, wahrgenommen.

Besonderheiten waren gemeinsame, übergreifende Veranstaltungen der Handwerkskammern in Hessen und auch in Thüringen. Schwerpunkte waren: Das Prüfungswesen, Öffentlichkeitsarbeit und Grundlagen zum Aufbau im Bereich Social Media. Coronabedingt konnten die Planungen für 2020 und für das erste Halbjahr 2021 nicht umgesetzt werden. Derzeit werden wieder Veranstaltungen für den Herbst 2021 vorbereitet.

Im Berichtszeitraum fanden in allen Handwerkskammern im Bezirk Hessen-Thüringen Kammerwahlen statt. In allen Kammern haben die Arbeitnehmer*innen der DGB-Gewerkschaften eine Liste eingereicht und sind erfolgreich in die Vollversammlungen eingezogen. In den Thüringer Kammern fand auf Ebene der Vizepräsident*innen ein absoluter Generationenwechsel statt. In allen drei Thüringer Kammern wurden Vizepräsident*innen verabschiedet, die seit den 90er Jahren die Kammern arbeitnehmer*innen-seitig mitgeführt haben.

Kassel	Frankfurt-Rhein-Main	Wiesbaden	Erfurt	Ost-thüringen	Süd-thüringen
DGB Region Nordhessen, Koll. Petra Vogel-Huff, Vizepräsident Horst Zahn (IGM)	DGB Region Südhessen, Koll. Jürgen Planert, Vizepräsident Rainer Mangler-van Klev (IGM)	DGB Region Frankfurt, Koll. Sascha Schmidt, Vizepräsident Andreas Brieske (IG BAU)	DGB Region Thüringen, Koll. Michael Lemm, bisherige Vizepräsidentin Bärbel Kritzmann (ver.di), scheidet aus Altersgründen aus, neue Vizepräsidentin ist Dorit Geyer (IG BAU).	DGB Region Thüringen, Koll. Michael Lemm, bisheriger Vizepräsident Karl-Heinz Fuhrich (IGM) ist im Ruhestand, neuer Vizepräsident ist Marcus Glaser (IGM).	DGB Region Thüringen, Koll. Michael Lemm, Vizepräsident Mario Hau (IGM)

Überblick der zuständigen DGB-Kolleg*innen für die jeweilige Handwerkskammer und Vizepräsident*innen der Arbeitnehmer*innen-Seite. Überblick der zuständigen DGB-Kolleginnen und Kollegen für die jeweilige Handwerkskammer und Vizepräsident*innen.



Kirchen und soziale Bewegungen



Kirchen und soziale Bewegungen

Der DGB Hessen-Thüringen arbeitet seit vielen Jahren eng mit Kirchen und sozialen Bewegungen zusammen, um vor allem sozialpolitische Themen öffentlichkeitswirksam zu setzen. Die Zusammenarbeit konzentriert sich dabei auf das Bündnis für soziale Gerechtigkeit, den Arbeitskreis Kirche und Gewerkschaft, die Vorbereitungsgruppe für das Hessische Sozialforum sowie die Organisation des regelmäßig stattfindenden Spitzengesprächs zwischen dem DGB Hessen-Thüringen und Vertreter*innen der Evangelischen Kirchen und Katholischen Bistümer in Hessen.

Das Bündnis für soziale Gerechtigkeit startete im Oktober 2018 seine Kampagne gegen Altersarmut „Heute die Armut von Morgen bekämpfen“. Neben vielen Aktivitäten der einzelnen Bündnispartner*innen fanden unter diesem Motto mehrere gemeinsame Veranstaltungen statt (Auswahl): Kampagnenauftakt mit Podiumsdiskussion u.a. mit Beteiligung von Prof. Dr. Stefan Sell, Eva-Maria Winckelmann (Deutscher Mieterbund Hessen) und Sandro Witt (stellv. Vors. DGB Hessen-Thüringen); Ausstellung „Altersarmut stoppen - Rente sichern“ (Mrz. 2019); Diskussion mit Michael Rudolph (Vors. DGB Hessen-Thüringen), Janine Wissler (DIE LINKE) und Prof. Dr. Ernst-Ulrich Huster „Altersarmut – ein Problem mit vielen Ursachen“ (Okt. 2019); Kritische Erklärung zum Bericht der Rentenkommission (Mrz. 2020).

Ebenfalls im Kontext der Kampagne fand die vom Arbeitskreis Kirche und Gewerkschaft organisierte Podiumsdiskussion „Pfandflaschen sind kein Rentenkonzept“ mit Dr. Beate Hofmann (Bischöfin Evangelische Kirche Kurhessen-Waldeck), Dr. Michael Gerber (Bischof Fulda), Prof. Dr. Achim Truger (Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung) und Michael Rudolph (Jan. 2021) in Fulda im Januar 2021 statt.

Die evangelischen und katholischen Bischöf*innen und Kirchenleitungen in Hessen sowie der DGB Hessen-Thüringen hatten sich im Rahmen ihres Spitzengesprächs auf die Durchführung dieser Veranstaltung verständigt und diskutierten dort die Frage, wie eine ausreichende Altersvorsorge gerecht finanziert werden kann. Handlungsbedarf wurde in einer nachhaltigen Sozialpolitik gesehen, die auch die Entwicklungen der Erwerbsarbeit und der Mieten berücksichtigt.

Das Hessische Sozialforum (HSF) findet jährlich i.d.R. im Frankfurter Haus am Dom mit ungefähr 150 Teilnehmer*innen statt. Zuletzt stand das Sozialforum 2021 unter dem Motto „Zukunft für Alle! Gerecht – ökologisch – sozial“ und formulierte Forderungen zu den hessischen Kommunalwahlen. Der DGB Hessen-Thüringen war, neben der Organisation des Forums selbst, in einer Talk-Runde zu „Gesundheit-Wohnen-Soziales“ durch seinen stellvertretenden Vorsitzenden Sandro Witt beteiligt.



**Antifaschismus,
Demokratie und
gesellschaftlicher
Zusammenhalt**



Antifaschismus, Demokratie und gesellschaftlicher Zusammenhalt

Die rechtsterroristischen Morde in Hessen, an dem Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke sowie an neun unserer Mitmenschen in Hanau, haben die Gefahren, die von der extremen Rechten ausgehen auf erschütternde Weise erneut verdeutlicht. Auch in Thüringen bestehen militante neonazistische Strukturen, von denen immer wieder Übergriffe ausgehen. Auch dort droht latent die Gefahr rechter Anschläge. Die hinter solchen Taten stehenden Personen handeln häufig allein, jedoch keineswegs gesellschaftlich isoliert. Sie agieren vor dem Hintergrund eines rassistischen Diskurses, der insbesondere seit 2015 zunehmend lauter wurde und in der „Alternative für Deutschland“ (AfD) eines seiner zentralen Sprachrohre hat. Der DGB Hessen-Thüringen hat sich in vielfältiger Art und Weise in den vergangenen vier Jahren diesen Entwicklungen entgegengestellt. In beiden Bundesländern haben zahlreiche DGB-Kreis- und Stadtverbände im Rahmen von Kundgebungen und Demonstrationen immer wieder ein klares Zeichen gegen Rassismus, Antisemitismus, rechten Terror und die AfD gesetzt. Hierzu zählen die Mobilisierung des DGB Hessen-Thüringen am 15. Februar 2020 nach Erfurt zur Demonstration „Kein Pakt mit Faschist*innen“, um gegen die Wahl des FDP-Politikers Kemmerich zum Thüringer Ministerpräsidenten mit den Stimmen der AfD zu demonstrieren. Zum Jahrestag des Anschlages von Hanau beteiligte sich der DGB an den Gedenkfeiern vor Ort und rief zu einem antifaschistischen Stadtrundgang auf.

Zur Unterstützung der Kreis- und Stadtverbände hat der Bezirk im Vorfeld der hessischen Kommunalwahlen 2021 eine 27-seitige Handreichung unter dem Titel „Extrem rechte Parteien und Kandidaturen bei den hessischen Kommunalwahlen“ veröffentlicht.

In beiden Bundesländern engagieren sich Gewerkschafter*innen auf lokaler Ebene in zahlreichen Gremien, wie den Partnerschaften für Demokratie, gegen menschenverachtende Ideologien und die extreme Rechte. Auf Landesebene gestaltet der DGB die Arbeit gegen Rechts in den Beiräten des Thüringer „Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit“ und dem „Beratungsnetzwerk Hessen - Gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“ aktiv mit.

Um die wichtige Arbeit zivilgesellschaftlicher Initiativen gegen Rechts in Hessen und Thüringen dauerhaft zu verankern und zu unterstützen, und um ein klares verfassungsrechtliches Signal zu senden, dass rassistisches Gedankengut das gesamte Gemeinwesen und unsere Demokratie bedroht, fordert der DGB ein Demokratieförderungsgesetz sowie die Aufnahme einer Antirassismus-Klausel in die Verfassungen beider Länder.

05. Februar 2020: Der Thüringer „Dammbruch“

Am 05. Februar 2020 ließ sich der Vorsitzende der Thüringer FDP Thomas L. Kemmerich mit den Stimmen von CDU und der extrem rechten AfD zum Ministerpräsidenten des Freistaates Thüringen wählen. Die Empörung über diesen Tabubruch war umso größer, da alle Vertreter der demokratischen Parteien im Vorfeld der Wahl jegliche Zusammenarbeit mit der AfD ausgeschlossen hatten. Auch wenn Kemmerich nach nur wenigen Tagen unter dem Druck der Proteste seinen Rücktritt erklärte, hat die Brandmauer gegen Faschisten einen tiefen Riss bekommen.

Nur zehn Tage nach der Wahl Kemmerichs, am 15. Februar 2020, organisierte der Deutsche Gewerkschaftsbund im Bündnis mit über 50 Partnern unter dem Motto „#nichtmituns: Kein Pakt mit Faschist*innen – niemals und nirgendwo!“ eine große Kundgebung auf dem Erfurter Domplatz mit anschließender Demonstration durch die Stadt. Es kamen 18.000 Teilnehmer*innen aus Thüringen und aus allen Teilen Deutschlands. Alleine die Gliederungen des DGB-Bezirks Hessen-Thüringen organisierten über 30 Busse zu der Demonstration nach Erfurt. Davon alleine 10 aus Frankfurt und viele weitere aus anderen Bezirken. Gemeinsam haben wir damit ein deutliches Zeichen für eine offene und solidarische Gesellschaft gesetzt.

Schlaglicht

Im Rahmen der Demonstration gab es unter anderem Redebeiträge von Stefan Körzell (DGB Bundesvorstandsmitglied), Jibran Khalil (Jugendliche ohne Grenzen), Fridays for Future, der drei großen Religionsgemeinschaften sowie eine Grußbotschaft der mittlerweile leider verstorbenen Holocaustüberlebenden Esther Bejarano, damalige Vorsitzende des Auschwitz-Komitees.

DGB-Region Thüringen



1. Mai 2019 in Erfurt: „Zusammen- stehen! Vielfältig solidarisch“

Anlässlich der Landtagswahlen 2019 in Thüringen plante die AfD unter Björn Höcke ausgerechnet am 1. Mai ihren Wahlkampfauftakt in Erfurt. Diese Provokation wollten und konnten wir uns als Gewerkschaften nicht gefallen lassen.

Unter dem Motto „Zusammenstehen! Vielfältig solidarisch“ organisierte die DGB-Region Thüringen ein großes landesweites Bündnis, welches eine kraftvolle Maikundgebung und ein buntes Fest für alle, in unmittelbarer Nähe des Thüringer Landtages, organisierte. Mit dabei waren neben den Gewerkschaften und allen

Schlaglicht

demokratischen Parteien insbesondere Initiativen von Arbeitslosen, Migrant*innen, Religionsgemeinschaften, Flüchtlingsorganisationen und viele Kulturschaffende.

An der Maidemonstration durch die Stadt nahmen mehrere Tausend, vor allem junge Menschen teil. Neben den Reden von Manuela Conte (DGB-Bundesjugendsekretärin) und Michael Rudolph (DGB-Bezirksvorsitzender) gab es zahlreiche Grußworte, unter anderem vom Thüringer Ministerpräsidenten Bodo Ramelow. Mehr als 30.000 Bürgerinnen und Bürger feierten friedlich mit Künstlern wie Sebastian Krumbiegel, Joris, Thomas D und Smudo, Clueso und vielen mehr, die alle für eine solidarische Gesellschaft warben.

Darüber hinaus fanden auch 2019 in Thüringen 20 weitere Maikundgebungen statt.

DGB-Region Thüringen

Wandel ist weiblich!

Gerade die Corona-Pandemie mit all ihren Einschränkungen hat unseren Blick für Ungleichheit und die teils prekäre Situation von Frauen erneut geschärft. Wir haben uns auch in den letzten Jahren für die Rechte von Frauen in der Arbeitswelt und im Privaten eingesetzt. Die Kolleg*innen in den Gewerkschaften, genauso wie die Kolleg*innen in den Regionen, haben nicht nur am Internationalen Frauentag, dem Equal Pay Day oder dem Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen aufgezeigt, dass unsere Gesellschaften hier und international leider noch weit von Gleichstellung und Gleichberechtigung entfernt sind. Die Selbstbestimmung über den eigenen Körper ist ein ebenso wichtiges Thema, wie die körperliche und psychische Unversehrtheit oder die prekäre Beschäftigung in den frauendominierten Berufen und ihre Auswirkungen auf Sozialleistungen und Renten von Frauen. Die Pandemie wirkt wie ein Brennglas und lässt diese Missstände noch deutlicher hervortreten. Auch unsere Arbeit wurde von der Pandemie beeinträchtigt, doch die Vertreter*innen aller acht Mitgliedsgewerkschaften haben schnell auf digitale Kommunikationswege umgeschaltet und jeder Zeit weiter gemeinsam für bessere Bedingungen von Frauen gestritten. Wir haben uns klar gegen Rechts positioniert, nicht zuletzt mit dem Beschluss über die Unvereinbarkeit zwischen einer AfD-Mitgliedschaft und der Arbeit in unserem Gremium.

2018 haben wir 100 Jahre Frauenwahlrecht gefeiert. Wir Gewerkschaftsfrauen haben den männlichsten Bundestag und Landtag zum Beispiel in Thüringen beanstandet und deshalb die Verfassungsbeschwerde zum Schutz des Artikels 3 Absatz 2 Grundgesetz in Thüringen aktiv unterstützt. Das Urteil des Thüringer Verfassungsgerichtshofs wurde zwar als Niederlage für die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Politik gesehen, ist aber für uns Ansporn weiterhin für ein Paritätsgesetz einzutreten.

Zu Beginn des Jahres 2020 waren viele von uns auf dem Zukunftskongress der DGB-Frauen in Weimar, der unter dem Motto „Ein Netz bewegt!“ stand. Wir haben uns aktiv an den Workshops, Diskussionsrunden

und dem World-Café zu den Themen Tarifbindung, wirtschaftliche Unabhängigkeit, Arbeitszeit zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Vielfalt von Perspektiven in unserer Arbeit und gerechte Aufteilung von Sorgearbeit beteiligt. Der Zukunftskongress endete mit der Forderung nach einer veränderten Organisationsstruktur und -kultur in Gewerkschaften und DGB, Quoten inner- und außerhalb unserer Organisationen, Empowerment und Solidarität. All die genannten Themen sind aktuell wie nie zuvor und wir werden weiter an ihnen arbeiten. Die anstehenden Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt werden wir ebenso mitgestalten wie die anstehenden Betriebsratswahlen, denn **Wandel ist weiblich!**





Jugend



Jugend

DGB Jugend

Die DGB-Jugend Hessen-Thüringen ist vielfältig, laut und immer dabei. In allen Regionen gibt es Jugendstrukturen. Die Jugend organisiert sich in Hochschulgruppen, Bildungsteams, in den Gremien oder in der neu gegründeten queeren Vernetzung im Bezirk.

Ausbildung

Ausbildungsbedingungen zu verbessern, ist das Kernthema der Gewerkschaftsjugend. Mit zahlreichen Veranstaltungen und Gesprächen mit Politiker*innen haben wir uns erfolgreich an der bundesweiten Kampagne zur Reform des Berufsbildungsgesetzes beteiligt. In Thüringen haben wir uns in einem Bündnis mit anderen Jugendverbänden für das Azubiticket eingesetzt. Die DGB-Jugend ist flächendeckend in Berufsbildungsausschüssen aktiv und beteiligt sich auf Länderebene in den Bündnissen für Ausbildung.

Berufsschularbeit

Seit vielen Jahren führt die DGB-Jugend die Berufsschultour durch. Mehrere tausend junge Menschen kamen hier zum ersten Mal in Kontakt mit Gewerkschaften. Die Berufsschularbeit ist Grundlage des Ausbildungsreports, zu dem die DGB-Jugend Hessen-Thüringen über 1000 Befragte jährlich beisteuert. Die inhaltliche Arbeit in den Berufsschulen wird von Ehrenamtlichen durchgeführt und verfolgt den Ansatz außerschulischer Jugendbildungsarbeit. Es geht um die Grundlagen unsere Gesellschaft,

den Interessengegensatz von Kapital um Arbeit, Mitbestimmung und Gewerkschaften. Das Gewinnen neuer Mitglieder ist hierbei ein zentrales Element. Um auch während der Corona-Pandemie Kontakt zu den Azubis und Schulen zu erhalten, hat die DGB-Jugend Hessen-Thüringen ein digitales Konzept erarbeitet und an Schulen durchgeführt.

Studierendenarbeit

Neben den Auszubildenden sind Studierende eine wachsende Zielgruppe der DGB-Jugend. Die Mitgliederzahlen bei Studierenden stiegen in den letzten Jahren kontinuierlich an. Der Bezirk Hessen-Thüringen ist seit 2019 Pilotbezirk für das vom DGB Bundesvorstand geförderte Studierendenprojekt. Mit einer Projektstelle wird die Vernetzung in diesem Bereich unter den Gewerkschaften ausgebaut und verstetigt. Mit neuen Formaten und neu gegründeten Hochschulgruppen wird die Präsenz der Gewerkschaften verstärkt, um mehr Studierende zu gewinnen.

Bildungsurlaube

Seit vielen Jahren sind Bildungsurlaube ein Schwerpunkt der DGB-Jugend Hessen-Thüringen. Die Fahrten finden im In- und Ausland statt. Unser Ziel ist es, vor allem Auszubildenden einen Blick über den Tellerrand und Erfahrungen zu ermöglichen, die auch gewinnbringend für die eigenen Auseinandersetzungen im Betrieb und in der Gesellschaft sind. Thematisch sind wir dabei breit aufgestellt: Von Wanderungen auf den Spuren von Partisan*innen in Italien, über einem Besuch des CSD in Hamburg bis zu einer Reise nach Marseille mit dem Schwerpunkt Wohnungspolitik.

Antifaschismus und Erinnerungsarbeit

Im Bezirk Hessen-Thüringen liegt der Ursprung des NSU. Die rechtsterro-
ristischen Morde in Kassel an Walter Lübcke sowie in Hanau liegen noch
nicht lange zurück. Deshalb ist es für die DGB-Jugend klar, sich gegen alte
und neue Nazis zu stellen. Die DGB-Jugend beteiligt sich bei Demonstratio-
nen, thematisiert Rassismus in der Bildungsarbeit und ist in Netzwerken
wie dem Netzwerk für Demokratie und Courage aktiv.

Jedes Jahr im April findet in der Gedenkstätte Buchenwald die Gedenk-
feier zum Jahrestag der (Selbst-)Befreiung statt. Als Gewerkschaftsjug-
end begehen wir den Tag seit einigen Jahren mit einer Führung über das
Gelände und nehmen anschließend an der gemeinsamen Veranstaltung
teil. Neben der jährlichen Gedenkfeier führte die DGB-Jugend auch weitere
Gedenkstättenfahrten u.a. nach Auschwitz durch.

Landesjugendringe

Als einer der größten Jugendverbände sind wir in den Vorständen der
Landesjugendringe in Hessen und Thüringen vertreten. Dort wirken wir an
dem Ausbau von Mitbestimmungsstrukturen junger Menschen mit und set-
zen uns für die Verbesserung der Bedingungen für die Jugendarbeit ein.
In beiden Bundesländern konnte in den letzten Jahren eine Erhöhung der
finanziellen Mittel für die Jugendverbandsarbeit erreicht werden.

say their names

Ferhat Unvar

Gökhan Gültekin

Hamza Kurtović

Said Nesar Hashemi

Mercedes Kierpacz

Sedat Gürbüz

Kaloyan Velkov

Vili Viorel Păun

Fatih Saraçoğlu



Senioren



Chancen im Alter:

Chancen im Alter: DGB Senior*innen engagieren sich ehrenamtlich und stehen für ein solidarisches Zusammenleben der Generationen!

Der DGB-Bezirksseniorenausschuss Hessen-Thüringen ist eine aktive Gruppe, die sich verstärkt ins gesellschaftliche Leben einbringt. Von unserem Wissen, Erfahrungen, Fähigkeiten und unserem Willen, sich dieser gesellschaftlichen Aufgaben zu widmen, profitiert die Gesellschaft schon jetzt und wird dies in Zukunft umso mehr tun. Ein auf gesetzlicher Grundlage basierendes Mitspracherecht für Senior*innen ist auf Länder- und Bundesebene notwendiger denn je, damit die Entscheidungen, die unsere Altersgruppe betreffen, mitgestaltet werden können. Der DGB-Bezirksseniorenausschuss Hessen-Thüringen setzt sich für gute Lebensbedingungen unserer älteren Menschen, insbesondere auch in strukturschwachen Regionen in Hessen und Thüringen ein. Das Thema Teilhabechancen im Alter bedarf einer gesellschaftlichen Debatte, die wir führen müssen. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dieses Thema stärker ins Bewusstsein der politisch Verantwortlichen auf allen Ebenen zu heben. So fordern wir auch für Hessen ein Seniorenteilhabe- und Mitbestimmungsgesetz sowie ein Landesprogramm wie in Thüringen, das eine Förderung der Kommunen an eine fachspezifische Sozialplanung mit seniorenpolitischen Aspekten koppelt.

Mit über 25 Prozent der Mitgliedschaft nehmen die Gewerkschaftssenioren*innen eine wichtige Stellung ein und sind als starke politische Kraft unverzichtbarer Bestandteil der Gewerkschaftsarbeit im DGB und in den Mitgliedsgewerkschaften.

Wir sind als Senior*innen deshalb sehr glücklich, dass wir im DGB Hessen-Thüringen einen hohen Stellenwert haben und in unserem ehrenamtlichen Engagement sehr gut unterstützt werden. Im DGB-Bezirksvorstand vertritt Kollege Klaus Schüller mit beratender Stimme die Interessen der DGB-Senioren*innen. Das zeigt uns, der DGB unterstützt die Senioren*innen

weiterhin in ihrer Bestrebung, in der Sozialpolitik den solidarischen Ausgleich zu schaffen, Menschen und Generationen zu verbinden und nicht zu spalten. Dahinter steht das politische Mandat unserer Mitglieder. Gute Arbeit, gutes Leben, gutes Alter, – das alles gehört zusammen. Der DGB ist eine Interessenvertretung für alle Generationen. Trotz der COVID-19-Pandemie konnten wir in der Legislatur Vorstandssitzungen, Veranstaltungen und zwei mehrtägige Seminare in Bad Hersfeld zu folgenden Schwerpunkten absolvieren: Rentengerechtigkeit, Altersarmut verhindern, selbstbestimmtes Leben auch für Wohnen im Alter, gute wohnortnahe Gesundheitsversorgung und -vorsorge, bezahlbare Pflege, Schutz vor Diskriminierung wegen des Alters, kulturelle, digitale und gesellschaftliche Teilhabe, mobil und fit im Alter, gut und sicher leben, Solidarität der Generationen stärken, Gestaltung von alters- und pflegegerechten Sozialräumen, Bildung für Senior*innen und Daseinsvorsorge. Ein weiterer Schwerpunkt war die mündliche Anhörung des DGB-Bezirksseniorenausschusses zum Gesetzentwurf zur Stärkung der Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte von Senior*innen in Thüringen.

Von den sechs DGB-Regionen und acht Einzelgewerkschaften wurden nachfolgende Seniorinnen und Senioren für den Ausschuss berufen:

Ordentliches Mitglied Regionen	Stellvertreter/in	Ordentliches Mitglied Gewerkschaften	Stellvertreter/in
Egidius Planz, ver.di		Werner Aßmann, Hilmar Burkhardt, ver.di	Rita Röder, ver.di
Horst Knötig, ver.di	Hajo Rübsam, ver.di	Bernd Braun, Harald Dobrindt, Dieter Johannes, GdP	Edgar Große, GdP
Eberhard Schüttpelz, IGM	Ellen Benölken, IGM	Josef Eich, IG BAU	
Peter Hintermeier, IGM		Georg-Rudolf Prack, EVG	Wolfgang Roth, EVG
Bernd Braun, GdP	Sabine Sparkuhle, EVG	Arnold Weber, IG BCE	Ursula Kegler, IG BCE
Bernd Nürnberg, GEW	Ursula Schwarz, GEW	Marliese Fent, GEW	Gabriele Matysek, GEW
		Ursula Schroeter-Hebst, NGG	Martina Frank, NGG
		Klaus Schüller, EVG	

Seniorenarbeit zu leisten bedeutet für den DGB-Bezirksseniorenausschuss, Mitgliedern in ihrer Aktivität Räume für eine soziale und politische Heimat nach ihrem Arbeitsleben zu geben.

Deshalb nutzen wir unser Anrecht, auch mit „Eigensinn“ den besonderen Interessen des Älterwerdens in den Gewerkschaften nachzugehen.

Unverzichtbar für uns ist die hauptamtliche Betreuung des DGB-Bezirksseniorenausschuss durch Kollegin Manuela Menges, für die wir uns hiermit ebenfalls recht herzlich bedanken möchten.



DGB Intern

Stadt- und Kreisverbände

Auf dem 19. Ordentlichen Bundeskongress im Mai 2010 wurde die Strukturreform mit dem Ziel der Gründung von DGB-Stadt- und Kreisverbänden (SV/KV) beschlossen. Zwischen Mai und September 2021 wurden im Rahmen der Organisationswahlen die ehrenamtlichen Stadt- und Kreisverbandsvorsitzenden neu gewählt und die Mitglieder der SV/KV durch ihre Mitgliedsgewerkschaften neu benannt. Aktuell gibt es in Hessen 22 und in Thüringen 20 DGB-Stadt- und Kreisverbände.

Die ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen in den Kreis- und Stadtverbänden sind das Gesicht des DGB vor Ort. Unterstützt von den Regionsbüros nehmen sie vielfältige und wichtige Aufgaben in den Städten und Landkreisen wahr. Mit der Vertretung des DGB und der Interessen seiner Mitgliedsgewerkschaften auf der kommunalen Ebene sind sie ein zentraler Bestandteil unseres Gewerkschaftsbundes.

Die Erfahrungen aus den letzten Jahren belegen, dass sich diese neue Struktur bewährt hat und die Stadt- und Kreisverbände integraler Bestandteil des DGB geworden sind. Die zahlreichen, vielfältigen Veranstaltungen im gesamten Bezirk und nicht zuletzt die gemeinsamen Auftritte bei Kampagnen im Vorfeld der Landtagswahlen in Hessen und Thüringen sowie der Bundestagswahl 2021 zeigen, welchen unersetzlichen Beitrag die ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen vor Ort leisten.

Durch regionale und bezirksweite Tagungen wird ein regelmäßiger Austausch zwischen den Stadt- und Kreisverbänden gewährleistet. Um eine bessere Vernetzung untereinander und eine intensivere inhaltliche Arbeit zu ermöglichen, finden die Tagungen zweitägig statt. Pandemiebedingt wurden die Tagungen 2020 und 2021 digital und eintägig durchgeführt.

Personal

Insgesamt sind zum Stichtag 1. August 2021 im Bezirk Hessen-Thüringen 69 Mitarbeiter*innen beschäftigt, davon 27 Kolleg*innen in Teilzeit. Nicht mitgerechnet sind vier Kolleg*innen in kompletter Elternzeit, zwei Kolleg*innen in passiver Altersteilzeit und drei Reinigungskräfte. Neben den sechs Geschäftsführer*innen arbeiten 14 Gewerkschaftssekretär*innen mit organisationspolitischen Aufgaben in den Regionen. 13 Verwaltungsangestellte unterstützen die Arbeit in insgesamt 12 Regionsbüros.

In der Bezirksverwaltung in Frankfurt am Main und der Landesvertretung in Erfurt arbeiten 27 Kolleg*innen (neben dem geschäftsführenden Vorstand, 11 Abteilungsleiter*innen und politische Sekretär*innen sowie 14 Verwaltungsangestellte und Sachbearbeiter*innen). 15 Kolleg*innen arbeiten darüber hinaus in der Abteilung Jugend in der Bezirksverwaltung, in den Regionen und dem Jugendclub in Frankfurt am Main.

Gewerkschaftliche Einrichtungen

DGB-Bildungswerk Hessen e.V.

www.dgb-bildungswerk-hessen.de



Als gemeinnützige Bildungseinrichtung des DGB Hessen-Thüringen, der DGB-Gewerkschaften und des Berufsbildungswerkes (bfw) führt das DGB-Bildungswerk

auf örtlicher und überregionaler Ebene Tages-, Wochen- und Wochenendlehrgänge sowie Seminarreihen durch. Zu den Arbeitsfeldern gehören beispielsweise gesellschaftspolitische Bildung, Frauenbildungsarbeit, Familienbildung, Qualifizierung für Ehrenamt, Betriebs- und Personalräte und europäische Bildungsarbeit.

DGB-Bildungswerk Thüringen e.V.

www.dgb-bwt.de



Das DGB-Bildungswerk Thüringen e. V. (bwt) ist ein gemeinnütziger Verein und anerkannter Träger der Erwachsenenbildung in Thüringen. Gegründet wurde das bwt im Jahre 1990 von engagierten Bildungsarbeiter*innen. Das bwt arbeitet im Landeskuratorium für Erwachsenenbildung und in der Landesorganisation der Freien Träger in der Erwachsenenbildung Thüringen (LOFT) e. V. aktiv mit. Außerdem besetzt das bwt das Mandat des DGB für den Thüringer Freistellungsbeirat.

MOBIT e.V.

www.mobit.org



Der Verein MOBIT e.V. ist Träger der Mobilen Beratung in Thüringen „Für Demokratie – Gegen Rechtsextremismus“. Das Beratungsangebot ist speziell zu den Themen Neonazismus, extreme Rechte, Rassismus und Antisemitismus und erfolgt interaktiv – es setzt an den Wünschen, Bedürfnissen und Kompetenzen der lokalen Akteure an.



NDC

www.netzwerk-courage.de

Das Netzwerk für Demokratie und Courage e.V. (NDC) setzt seit 1999 demokratiefördernde Bildungsarbeit an Schulen und Ausbildungseinrichtungen um. Ziel der Arbeit ist es, Rassismus abzubauen und klar gegen menschenverachtende Äußerungen aufzutreten. Der DGB und die DGB-Jugend arbeiten in Hessen und Thüringen aktiv im NDC mit.

Arbeit und Leben Hessen

www.aul-hessen.de

Arbeit und Leben

HESSEN

Arbeit und Leben Hessen ist eine bundes- und landesweit anerkannte Einrichtung der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung. Ein Schwerpunkt der Bildungsarbeit sind Bildungsurlaubsveranstaltungen zu den unterschiedlichsten Themen im In- und Ausland. Die Inhalte der Bildungsarbeit von Arbeit und Leben ergeben sich aus der gesellschaftlichen, politischen und sozialen Situation und den Interessen von Menschen im Spannungsfeld von Arbeiten und Leben.

Arbeit und Leben Thüringen

www.arbeitundleben-thueringen.de

Arbeit und Leben

THÜRINGEN

Arbeit und Leben Thüringen wird getragen vom Deutschen Gewerkschaftsbund und Volkshochschulen in Thüringen. Die Bildungseinrichtung für allgemeine und politische Jugend- und Erwachsenenbildung will dazu beitragen, dass gesellschaftliche Verhältnisse besser durchschaut werden und demokratisch mitgestaltet werden. Solidarisches Handeln, Eigenverantwortlichkeit,

Mitbestimmung und Mitverantwortung stehen im Zentrum des Bildungsengagements. Das Bildungsangebot richtet sich an alle Interessierten, unabhängig von Beruf, Konfession und Parteizugehörigkeit. Besondere Aufmerksamkeit Jugendlichen, Arbeitnehmer*innen, Arbeitslosen, Migrant*innen, Senior*innen und Frauen gewidmet. Ein besonderes Engagement gilt der internationalen und interkulturellen Bildungsarbeit in Europa.

Kooperationsstelle Hochschule und Gewerkschaften- Kassel

[www.uni-kassel.de/einrichtungen/
kooperationsstelle-wissenschaft-und-arbeitswelt](http://www.uni-kassel.de/einrichtungen/kooperationsstelle-wissenschaft-und-arbeitswelt)

U N I K A S S E L
V E R S I T Ä T
Kooperationsstelle
Hochschule &
Gewerkschaften

Seit 2008 gibt es auch an der Universität Kassel eine Kooperationsstelle mit den DGB-Gewerkschaften. Die Kasseler Kooperationsstelle ist Teil des bundesweiten Netzwerks der Kooperationsstellen und arbeitet auch mit den Hochschulinformationsbüros und Students at Work zusammen.

Kooperationsstelle Hochschule und Gewerkschaften- Frankfurt-Rhein-Main

www.kooperationsstelle-frankfurt-rhein-main.de

 Kooperationsstelle
Hochschulen und Gewerkschaften
Frankfurt-Rhein-Main

Die Kooperationsstelle bringt wissenschaftliches Wissen der Hochschulen in der Region zusammen mit dem Erfahrungswissen der arbeitenden Menschen in den Betrieben und Verwaltungen der Region. Sie fungiert als wichtige Vermittlerin, als Bindeglied oder Schnittstelle zwischen Hochschulen und Gewerkschaften (Scharnierfunktion) in der Region Frankfurt-Rhein-Main.

Bezirksvorstand

Benennung der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder der Gewerkschaften und Personengruppen für den DGB-Bezirksvorstand Hessen-Thüringen (Stand 08/2021):

Gewerkschaften	Ordentliches Mitglied	Stellvertreter/in
IG BAU	Hannes Rosenbaum	Sascha Wollert
IG BCE	Sabine Süpke	Peter Schuld
EVG	Andreas Güth	Steffi Recknagel
GEW	Maika Wiedwald	Kathrin Vitzthum
IG Metall	Jörg Köhlinger	Jakob Habermann
NGG	Uwe Hildebrandt	Peter-Martin Cox Jens Löbel
GdP	Jens Mohrherr	Wolfgang Gäbler
ver.di	Jürgen Bothner	Oliver Greie

Personengruppe	Ordentliches Mitglied	Stellvertreter/in
Frauen	Elke Heydrich	Mathilde Meyer
Jugend	Johannes Feutlinske	Ralph Heeke

Mitgliederentwicklung

Im Zeitraum von 2017 bis Ende 2020 mussten die Gewerkschaften in Hessen und Thüringen erneut Mitgliederverluste verzeichnen.

Ende 2020 waren 553.739 Kolleg*innen Mitglied in einer der DGB-Gewerkschaften – davon 200.129 Frauen. Ende 2016 zählten die Gewerkschaften im Bezirk noch 577.418 Mitglieder.

Diese Entwicklung entspricht dem Trend auf Bundesebene. Im Jahr 2016 waren noch 6.047.503 Kolleg*innen in den acht DGB Gewerkschaften organisiert. Bis Ende 2020 ging die Zahl auf 5.850.167 zurück.

Mitglieder Hessen und Thüringen



Mitglieder Bundesebene



Finanzen

	2017	2018	2019	2020
Einnahmen				
Einnahmen Haushaltsmittel	1.290.000,00 €	1.297.000,00 €	1.314.000,00 €	1.343.000,00 €
Sonstige Einnahmen	160.165,35 €	96.413,02 €	114.383,93 €	110.267,81 €
Zinseinnahmen	308,97 €	20,00 €	322,63 €	4,42 €
Summe Einnahmen	1.450.474,32 €	1.393.433,02 €	1.428.706,56 €	1.453.272,23 €
Ausgaben				
Miete	431.956,40 €	419.438,03 €	437.609,72 €	434.482,59 €
Mietnebenkosten	233.053,07 €	237.476,83 €	257.529,08 €	297.510,21 €
Porto / Frachten	20.287,17 €	15.649,61 €	15.213,69 €	9.470,02 €
Telefon	45.068,28 €	41.110,65 €	41.074,95 €	80.850,59 €
Internetkosten	45.936,38 €	45.517,50 €	46.114,60 €	41.670,15 €
Telefax	77,35 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Büromaterial	18.444,32 €	16.997,68 €	12.734,97 €	7.465,17 €
Kopierkosten	49.717,97 €	49.198,75 €	40.453,01 €	32.662,90 €
Druckkosten	7.521,31 €	7.195,63 €	1.212,40 €	2.216,26 €
Zeitschriften / Bücher	21.351,12 €	25.166,86 €	22.814,65 €	23.523,01 €
KFZ- Anschaffungen	59.122,64 €	50.041,48 €	60.611,05 €	43.524,13 €
KFZ- Betriebskosten	49.630,57 €	49.142,24 €	42.365,60 €	32.191,14 €
Reisekosten	54.605,02 €	60.223,27 €	59.434,00 €	24.602,92 €
Personalneben- kosten	18.938,63 €	58.545,93 €	34.779,50 €	33.644,70 €
Instandhaltung	16.857,93 €	8.620,00 €	8.408,91 €	2.983,45 €

Versicherungen	4.165,49 €	4.760,75 €	4.837,14 €	4.982,15 €
Inventar- anschaffungen	23.608,38 €	49.703,66 €	39.268,26 €	23.329,79 €
Beiträge	2.525,67 €	3.076,09 €	5.530,00 €	3.858,67 €
Sonst. Verwaltungs- kosten	15.643,19 €	20.815,32 €	4.265,63 €	9.395,43 €
Konferenzen und Tagungen	61.334,76 €	31.046,77 €	21.965,19 €	43.053,65 €
Pers.Gruppen Jugend	8.430,51 €	3.294,00 €	1.513,27 €	3.723,21 €
Pers.Gruppen Frauen	4.387,73 €	6.107,67 €	9.611,94 €	10.205,43 €
Arbeitskreise	9.619,38 €	8.077,97 €	7.900,70 €	1.065,44 €
Bildungsarbeit	8.739,15 €	40,58 €	85,00 €	8.650,00 €
Sozialpolitik	5.185,14 €	12.767,01 €	7.684,35 €	1.085,37 €
Sonst. Veranstaltungen	169.154,23 €	314.067,06 €	284.141,66 €	90.605,90 €
Jahresergebniss KV/SV	18.823,75 €	-29.733,36 €	-18.150,14 €	39.191,66 €
Summe Ausgaben	1.404.185,54 €	1.508.347,98 €	1.449.009.13 €	1.305.943,94 €
Jahresergebniss	46.288,78 €	-114.914,96 €	-20.302,57 €	147.328,29 €
Restmittel SV/ KV	144.482,26 €	114.748,90 €	96.598,76 €	135.790,42 €

Einnahmenentwicklung



Ausgabenentwicklung



Bericht der ehrenamtlichen Revisionskommission im DGB Hessen-Thüringen für den Zeitraum 2018 bis 2021

Handelnde Prüfmitglieder im Berichtszeitraum:

1. Tom Kluba
2. Wolfgang Gäbler
3. Matthias Jahn
4. Jörges Andreas (als Ersatzmitglied)
5. Bernd Engelhardt (als Ersatzmitglied)

- 2018 wurde als Sprecher der Revisoren Wolfgang Gäbler einvernehmlich festgelegt.
- Die Prüfungen der Kasse des Bezirks Hessen-Thüringen DGB fanden immer in Frankfurt/Main für jeweils ca. vier Stunden pro Prüfung statt.
- Im Berichtszeitraum erfolgten 13 Prüfungstermine, wobei durch die COVID19-Pandemie weitere Termin nicht erfolgen konnten.
- Der Revisionskommission wurden alle geforderten Unterlagen vorgelegt.
- Es erfolgte die Feststellung der Übereinstimmung der Aktiva und Passiva mit dem Giro- und Festgeldauszügen und der baren Kasse.

- Jahresabschlüsse erfolgten ordnungsgemäß und fristgerecht.
- Nachfragen und Prüfungen wurden festgestellt und in Protokollen dem Bereich des Rechnungswesens und dem Vorsitzenden des DGB Hessen-Thüringen vorgelegt.
- In 3 Sitzungen war der Vorsitzende Michael Rudolph des DGB Hessen-Thüringen anwesend und es erfolgten ein Information/Austausch über die Prüfberichte und Feststellungen.
- Es erfolgte die Prüfung Kassenstand, die Verwendung der Einzahlungsquittungen und deren ordnungsgemäßer Eintrag ins Kassenbuch.
- Alle Einnahmen und Ausgaben sind ordnungsgemäß im Kassenbuch nachgewiesen und durch Buchungsbelege belegt.
- Weiterhin wurden jeweils stichprobenartig die Überweisungen der Aufträge und Beschlüsse aller Konten (auch incl. Jugend) geprüft.
- Informationen/Änderungen in der Buchhaltung (z. B. zum 01.01.2018) sowie die Vorgaben des Finanzamtes – gesonderte Behandlung von Buchungsvorgängen gewerblicher Art und die Behandlung des DGB für einzelne Geschäftsvorfälle umsatzsteuer- und körperschaftsteuerpflichtig ist, wurden beachtet.
- Hauptschwerpunkte zu Prüfungen wurden festgelegt (u.a. Fahrzeuge incl. Leasing, Reisekosten, Mobiltelefone, Rahmenverträge).
- Offene Anfragen und Beanstandungen wurden festgehalten:
 - Prüfung zu Vorhandensein von Beschlüssen
 - Einhaltung der Rahmenverträge
 - Prüfung zu Kontoführungskosten und Zinsen bei Guthaben (über DGB Bund)
 - Vertragsumsetzungen bei Personal und sonstigen Regelungen

- Anforderung für nachzureichende Nachweise bei gezahlten Vorschüssen
- Anforderung zu nachzureichenden Belegen (Jugendkonto)
- Anforderung der nachzureichenden Durchführungsnachweise für Veranstaltungen
- Problemstellungen, welche zu Mahnschreiben/-gebühren führten
- Kündigung nicht genutzter Handy-Vertrag
- Hinterfragung der zeitnahen Vorlage von Belegen/Rechnungen

Ergebnis:

Prüfung der Finanzgeschäfte und Buchungen daher ohne Ungereimtheiten und somit ist die Entlastung zu empfehlen.

- Für die Revisoren ist die Kasse nach den Vorgaben geführt. Anmerkungen müssen in der Organisation verbessert und positiv umgesetzt werden.
- Es bestehen keine Hinweise bzw. Bedenken den Revisionsbereich für den Berichtszeitraum wie bisher fortzuführen.

Ein Dank gilt Ute Schrey mit Ihren Kolleginnen, welche im gemeinsamen Miteinander den im Ergebnis positiven Rechenschaftsbericht zur Führung der Ordnungsmäßigkeit des Rechnungswesens des DGB Hessen-Thüringen dargelegt haben.

(im Original gezeichnet)

Wolfgang Gäbler

Sprecher der Revisoren

Erledigungsvermerke zu den Anträgen der DGB Bezirkskonferenz 2014

Nr.	Titel	Antragsteller	Erledigungsvermerk
A 001	Für die Arbeit der Zukunft gerüstet	DGB-Bezirks- vorstand Hes- sen-Thüringen	<p>Ist in unsere Eckpunktepapiere zu den Landtagswahlen in Hessen 2018 und Thüringen 2019/2021 eingeflossen. Damit haben wir im Vorfeld der Wahl die Programmdiskussionen der Parteien begleitet und teilweise direkt Einfluss genommen. Im Rahmen des Landtagswahlkampfes war dieses Papier inhaltliche Grundlage für die Veranstaltungen, Aktionen und erstmalig eine Online-Kampagne, mit denen wir für gute Arbeit, Bildung und sozialen Zusammenhalt geworben haben.</p> <p>Besonderheiten: Um die Rolle der örtlichen Beiräte der Jobcenter zu stärken fand im November 2018 eine Tagung mit den AN-VertreterInnen der Beiräte statt. Die dort stattgefundenen Absprachen und Vernetzungen finden jetzt schon positive Resonanz, so dass dieses Instrument bestätigt wird. Die Frage der Kontrolle und Personalausstattung wurde durch uns auf die Tagesordnung des Beirates Arbeitsschutz gesetzt. Mitarbeit im Asylkonvent und in der Fachgruppe Arbeitsmarkt mit eigenem Beitrag in der Zwischenbilanz der Hessischen Initiative „Gemeinsam aktiv für die Integration von Flüchtlingen in die Arbeitswelt – Perspektiven für Menschen, Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Hessen“</p>
A 002	Stabile Rahmen- bedingungen für soziale Sicherheit garantieren	DGB-Bezirks- vorstand Hessen- Thüringen	<p>Grundsätzlich: Ist in unsere Eckpunktepapiere zu den Landtagswahlen in Hessen 2018 und Thüringen 2019/2021 eingeflossen. Damit haben wir im Vorfeld der Wahl die Programmdiskussionen der Parteien begleitet und teilweise direkt Einfluss genommen. Im Rahmen des Landtagswahlkampfes war</p>

			<p>dieses Papier inhaltliche Grundlage für die Veranstaltungen, Aktionen und erstmalig eine Online-Kampagne, mit denen wir für gute Arbeit, Bildung und sozialen Zusammenhalt geworben haben.</p> <p>Besonderheiten: Die Verhinderung von Altersarmut ist auch Ländersache. Imitierung der Kampagne gegen Altersarmut „Heute die Armut von Morgen verhindern“ im Rahmen des hessischen Bündnisses für soziale Gerechtigkeit. Personalausstattung und Versorgungsqualität in Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen erhöhen. Schwerpunktthema unsere Forderungen zur LTW Hessen und Thüringen sowie der Online-Kampagne „wähl, was dir wichtig ist“. Der Landeswohlfahrtsverband Hessen muss Träger der Eingliederungshilfe bleiben. Erledigt. LWV Hessen bleibt Träger der Eingliederungshilfe.</p>
A 003	Digitalisierung der Arbeitswelt im Sinne der Beschäftigten gestalten	DGB-Bezirksvorstand Hessen-Thüringen	<p>Der DGB koordiniert und leitet den AK Digitalisierung, in dem Gewerkschaften, DGB-Regionen, -Personengruppen und gewerkschaftliche Bildungseinrichtungen vertreten sind. Der AK dient dazu, die gewerkschaftlichen Positionen abzustimmen. Er veröffentlichte 2017 das Positionspapier „Für Gute Arbeit 4.0 in Hessen und Thüringen“ (https://hessen-thueringen.dgb.de/++co++183d0408-f1f1-11e6-8e54-525400e5a74a). Der DGB nahm zu den Digitalisierungsstrategien und den Regionalen Innovationsstrategien (RIS 3) in Hessen und Thüringen Stellung. Es wurden mehrere Gespräche mit den Wirtschaftsministerien und Landtagsfraktionen zu dem Thema „Digitalisierung“ geführt. Im Rahmen des AK fand ein intensiver Austausch zu gewerkschaftlichen Digitalisierungs-Projekten, - Studien, Veranstaltungen und -sonstigen Aktivitäten statt.</p> <p>Das Thema „Digitalisierung“ ist auch in die Eckpunkte der Landtagswahl Hessen 2018 und Thüringen 2019 miteingeflossen. Damit haben wir im Vorfeld der Wahl die Programmdiskussionen der Parteien begleitet und teilweise</p>

direkt Einfluss genommen. Im Rahmen des Landtagswahlkampfes war dieses Papier inhaltliche Grundlage für die Veranstaltungen, Aktionen und erstmalig eine Online-Kampagne.

Darüber hinaus wurde der DGB-Bezirk vielfach für Vorträge und zur Teilnahme an Diskussionen für Veranstaltungen der Stadt- und Kreisverbände sowie von Externen angefragt. Einen Schwerpunkt bildeten in neuerer Zeit die Themen „Künstliche Intelligenz“ und „New Work“ (z.B. Digitalisierungskongress des Landes Hessen 2018, bundesweite Konferenz Mittelstand 4.0 2018 und 2019). Einen weiteren Schwerpunkt bildete auch das Thema „Digitalisierung und Frauen“ (z.B. Fachtagung Trialog Chancengleichheit Hessen 2018). Der DGB hat gemeinsam mit dem Kompetenzzentrum Mittelstand 4.0 Hessen mehrere Seminare für Betriebsräte zu dem Thema „Sensible Mitarbeiterdaten“ durchgeführt.

Besonderheiten:

Im Rahmen des AK Digitalisierung wurden die folgenden Projekte vorgestellt bzw. be-
sichtigt: Werkstatt 4.0 der DB AG Frankfurt (auf Vorschlag der EVG), Kompetenzzentrum Mittelstand 4.0 Hessen, Projekt „DigQu – Den digitalen Wandel durch Qualifizierung gestalten“ von Arbeit und Leben Thüringen, „DQNet Netzwerk für digitale Qualifizierung in der Chemie“ (auf Vorschlag der IG BCE). In dem Antrag heißt es: „[...] Daher setzt sich der DGB dafür ein, dass analog zur Bundesebene eine Sonderauswertung des DGB-Index „Gute Arbeit“ zur Digitalisierung auf der Ebene des jeweiligen Bundeslandes durchgeführt wird. [...]“ In Thüringen wird der DGB-Index „Gute Arbeit“ durch die Landesregierung finanziert. In Hessen gibt es nach intensiven und langwierigen Gesprächen jetzt die Zusage durch das Sozialministerium.

Im Frühjahr 2019 fand ein Austauschtreffen

			mit den 5 Partnerregionen des DGB-Bezirks Hessen-Thüringen in Bologna, Italien zu dem Thema „Sozialer Dialog“ und „Digitalisierung“ statt.
A 004	Keine Änderungen am Arbeitszeitgesetz! – Gesundheit schützen - Wirksame Kontrollen verstärken	NGG Südwest	Das Thema Arbeitszeit sollte mit einer Arbeitszeitkonferenz im Frühjahr 2020 als Schwerpunktthema eingeläutet werden. Durch die beginnende und fortlaufende Corona-Pandemie war die Umsetzung nicht mehr möglich. Dennoch fanden die Fragen der Arbeitszeit in unseren Stellungnahmen und öffentlichen Aussagen rund um die Herausforderungen der Pandemie stets Beachtung (Home Office, Einzelhandel, Pflege, etc.).
A 005	Abschaffung der sachgrundlosen Befristung	DGB-Kreisverband Darmstadt – Dieburg	Bundesgesetzgebung wurde von unserer Seite beeinflusst durch Pressearbeit auf Landesebene. Dazu wurden unterschiedliche Datenquellen herangezogen und ausgewertet, u.a. kleine Anfragen der Linksfraktion im Bundestag. Der KoV auf Bundesebene sieht eine Kompromisslösung mit Schwellenwerten vor; ein Schritt in die richtige Richtung; wir haben uns darüber hinaus in den Anforderungen an die Parteien bei den Landtagswahlen dafür ausgesprochen, auf sachgrundlose Befristungen im öffentlichen Dienst bzw. bei den Landesbeschäftigten zu verzichten. Dies wurde Bestandteil des hess. KoV und stand in Thüringen in vielen Wahlprogrammen. Eine Entscheidung ist derzeit aber noch nicht getroffen.
A 007	Stärkung und Verschärfung des Arbeitszeitgesetzes	DGB Jugend Hessen-Thüringen	Antrag B008 an den 21. OBK: abgelehnt

A 009	Neudefinition der Vollarbeitszeit – Kampagne 30 Std. – Vollarbeitszeit je Woche sind genug	DGB-Kreisverband Sömmerda	Das Thema Arbeitszeit sollte mit einer Arbeitszeitkonferenz im Frühjahr 2020 als Schwerpunktthema eingeläutet werden. Durch die beginnende und fortlaufende Corona-Pandemie war die Umsetzung nicht mehr möglich. Dennoch fanden die Fragen der Arbeitszeit in unseren Stellungnahmen und öffentlichen Aussagen rund um die Herausforderungen der Pandemie stets Beachtung (Home Office, Einzelhandel, Pflege, etc.).
A 010	Neudefinition der Vollarbeitszeit – Kampagne 30 Std. – Vollarbeitszeit je Woche sind genug	DGB-Kreisverband Greiz	Erledigt bei Annahme von Antrag A09
A 011	Neudefinition der Vollarbeitszeit	DGB-Kreisverband Jena/SHK	Erledigt bei Annahme von Antrag A09
A 012	Neudefinition der Vollarbeitszeit – Kampagne 30 Std. – Vollarbeitszeit je Woche sind genug	DGB-Kreisverband Saale-Orla	Erledigt bei Annahme von Antrag A09
A 013	Kurswechsel in der Rentenpolitik	DGB-Kreisverband Sömmerda	Zur BTW 21 ist die Rentenfrage einer der Schwerpunktthemen der DGB Kampagne mit der bundesweiten Pendleraktion „Starke Rente“ am 21. September als Höhepunkt, die von den DGB Stadt- und Kreisverbänden umgesetzt wurde. Im Mittelpunkt steht das Renteneintrittsalter, das Rentenniveau und die Weiterentwicklung zu einer Erwerbstätigenversicherung. Darüber hinaus fanden mit dem Bündnis soziale Gerechtigkeit im Rahmen der

			Kampagne gegen Altersarmut eine Vielzahl von Veranstaltungen statt (Auswahl): Kampagnenauftakt mit Podiumsdiskussion „Heute die Armut von Morgen bekämpfen“(Okt. 2018), Ausstellung „Altersarmut stoppen – Rente sichern“ (Mrz 2019), Pressemitteilung zum Internationalen Frauentag „Altersarmut von Frauen wirksam bekämpfen“, Diskussion mit MdL’s „Altersarmut – ein Problem mit vielen Ursachen“ (Okt. 2019), Kritische Erklärung zum Bericht der Rentenkommission (Mrz. 2020), Podiumsdiskussion „Pfandflaschen sind kein Rentenkonzept“ (Jan. 2021)
A 014	Kurswechsel in der Rentenpolitik	IG BAU Thüringen	Erledigt bei Annahme von Antrag A13
A 015	Zukunft der Rente	DGB-Kreisverband Groß-Gerau	siehe A013
A 016	Schaffung einer Erwerbstätigenversicherung	DGB-Kreisverband Sömmerda	Material zu Antrag A02; die Vergrößerung des Kreises der Beitragszahlenden und die Weiterentwicklung der GRV zu einer echten Erwerbstätigenversicherung ist Bestandteil unserer Rentenkampagne.
A 017	Beiträge zur Krankenversicherung wieder paritätisch finanzieren	DGB Jugend Hessen-Thüringen	Material zu Antrag A02; die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung in der GKV wurde zum 01.01.2019 durch das GKV-Versichertenentlastungsgesetz realisiert; Unsere Kampagne zur Bundestagswahl 2017 war also erfolgreich.
A 018	Altersfreizeit / Altersteilzeit	DGB-Kreisverband Darmstadt-Dieburg	Das Antragsbegehren bezog sich auf tarifvertragliche Regelungen zur Altersteilzeit. Die tarifliche Regelung der Altersteilzeit obliegt den Mitgliedsgewerkschaften.
A 019	Verbot von Schichtarbeit bei Auszubildenden	DGB Jugend Hessen-Thüringen	Material zu Antrag A01 /noch keine konkreten Handlungen, ist vor allem Bundesthema

B 01	Mehr gute Bildung – mehr vom Leben	DGB-Bezirksvorstand Hessen-Thüringen	<p>Ist in unsere Eckpunktepapiere zu den Landtagswahlen in Hessen 2018 und Thüringen 2019/2021 eingeflossen. Damit haben wir im Vorfeld der Wahl die Programmdiskussionen der Parteien begleitet und teilweise direkt Einfluss genommen. Im Rahmen des Landtagswahlkampfes war dieses Papier inhaltliche Grundlage für die Veranstaltungen, Aktionen und erstmalig eine Online-Kampagne, mit denen wir für gute Arbeit, Bildung und sozialen Zusammenhalt geworben haben.</p> <p>Besonderheiten: Investitionen, Kostenfreiheit, Ganztagschulen und Personalschlüssel Schwerpunktthemen unsere Forderungen zur LTW Hessen und Thüringen sowie der Online-Kampagne „wähl, was dir wichtig ist“.</p>
B 02	Ansprache an allgemeinbildenden Schulen – Beruf. Bildung. Zukunft.	DGB Jugend Hessen-Thüringen	<p>Die Legislatur zeichnete sich durch eine Vielzahl von Wahlen aus (Europa, Kommunalwahl Hessen, Landtagswahlen Hessen und Thüringen, Bundestagswahl), zu deren politischer Begleitung ein hoher Ressourcenaufwand stattfand. Das galt insbesondere für die aufwändigen Social-Media-Kampagnen zu den Landtagswahlen. Ein weiteres Groß-Projekt wie das hier beschriebene Schulprojekt war finanziell nicht mehr darstellbar. Mit Beginn der Pandemie und den damit einhergehenden Einschränkungen, erschien die Durchführung eines Projektes, das vor allem auf aufsuchende Konzepte setzt auch praktisch kaum möglich.</p>
B 03	Stärkere Einbeziehung von Mitbestimmung und Gewerkschaft in das Kerncurriculum hessischer Schulen	DGB Jugend Hessen-Thüringen	<p>Forderung ist in die Stellungnahme der GEW/ DGB zum Thema Kerncurricula eingeflossen, Treffen mit IG BCE Jugend zu dem Thema. Außerdem Eintritt in das hessische Bündnis "Demokratie nachhaltig gestalten, um dieses Thema weiter zu forcieren.</p>

B 04	Gewerkschaftsarbeit an Schulen stärken	DGB Jugend Hessen-Thüringen	Gewerkschaften wurden als Praxispartner für Berufsorientierung an Schulen in Thüringen in das neue Schulgesetz aufgenommen. Der Bildungsminister in Thüringen übernahm Schirmherrschaft über die Berufsschultour. Das Bündnis für Ausbildung (wenn gegründet...) sieht es auch als Aufgabe der Gewerkschaften für Ausbildung (Berufsorientierung) in Schulen zu werben.
B 05	Berufliche Bildung weiterentwickeln	IG Metall Bezirk Mitte	Tagung zum Thema 'Berufliche Bildung 4.0', die sich mit diesen Inhalten beschäftigt (hätte), musste aufgrund zu geringer Anmeldungen abgesagt werden. Ist auch in die Diskussion/ den Prozess zur Neuauflage des hessischen Bündnis Ausbildung 2020-2024 geflossen (dazu wurde auch ein gemeinsames Positionspapier entworfen), Recht auf Teilzeitausbildung ist mit BBiG Novelle realisiert worden.
B 06	Umwandlung von Kurz- und Funktionsausbildung	DGB Jugend Hessen-Thüringen	Material zu Antrag B01
B 07	Gewerkschaftliche Bildungsarbeit / Bildungsurlaub	DGB-Kreisverband Darmstadt-Dieburg	Material zu Antrag B01
B 08	Landesweites Azubi-Ticket in Thüringen	DGB Jugend Hessen-Thüringen	Azubiticket wurde eingeführt. Ein Landkreis fehlt und mit 50€/Monat ist es noch zu teuer. War weiter Forderung im Landtagswahlkampf.
B 09	Fortführung des Hessischen Bildungsurlaubsgesetzes (HBUG)	IG BCE Hessen-Thüringen	Erledigt durch Novellierung des HBUG am 12.12.2017

B 10	Fortführung des Hessischen Bildungsurlaubsgesetzes (HBUG)	DGB Jugend Hessen-Thüringen	Erledigt bei Annahme von Antrag B009
B 11	Erweiterung des Hessischen Gesetzes über den Anspruch auf Bildungsurlaub – kurz HBUG	IG BCE Hessen-Thüringen	Erledigt durch Novellierung des HBUG am 12.12.2017
B 12	Bildungsfreistellungsgesetz in Thüringen	IG Metall Bezirk Mitte	Wurde in die Forderungen zur Landtagswahl aufgenommen. Wird in Gesprächen mit Politiker_innen immer wieder thematisiert. Die Linke hat Forderung in Wahlprogramm aufgenommen. SPD will Zugang zur Bildungsfreistellung erweitern.
B 13	Bildungsfreistellung	DGB Jugend Hessen-Thüringen	Material zu Antrag B12
B 14	Benachteiligung von Azubis beenden – Bildungsfreistellung in Thüringen attraktiver machen	DGB Jugend Hessen-Thüringen	Material zu Antrag B12
G 01	Für eine sozial gerechte Wohnungspolitik	DGB Jugend Hessen-Thüringen	Grundsätzlich: Im Landtagswahlkampf in Hessen 2018 ist der DGB in das Bündnis #Mietenwahnsinn-Hessen eingetreten. Davor war er Mitglied im Hessischen Wohnraumbündnis. Im Rahmen des Bündnisses wurde ein Forderungskatalog entwickelt (wurde in einer PK vorgestellt). In Thüringen gibt es kein landesweites Bündnis.

Der DGB hat zur Landtagswahl Eckpunkt-papiere zu den Landtagswahlen in Hes-sen 2018 und Thüringen 2019/2021 ent-wickelt. Damit haben wir im Vorfeld der Wahl die Programmdiskussionen der Parteien begleitet und teilweise direkt Einfluss ge-nommen. Im Rahmen des Landtagswahl-kampfes war dieses Papier inhaltliche Grundlage für die Veranstaltungen, Aktio-nen und erstmalig eine Online-Kampagne, mit denen wir für gute Arbeit, Bildung und sozialen Zusammenhalt geworben haben. Wohnen war ein Schwerpunktthema im Landtagswahlkampf.

Im Frühjahr 2019 fand eine bundesweite Woche zu dem Thema „Bezahlbar ist die halbe Miete“ im Rahmen des Zukunftsdi-logs statt. Über 30 Veranstaltungen finden im DGB-Bezirk Hessen-Thüringen statt.

In den Jahren 2020 und 2021 stand die For-derung nach einem Mietenstopp im Zen-trum. Der DGB rief 2020 mit einer Kampa-gne zur Unterstützung der online-Petition „Mietenstopp für alle“ auf. Diese war auch Schwerpunkt in den hessischen Kommu-nalwahlen 2021.

Seit 2021 beteiligt sich der DGB an der bun-desweiten Kampagne „Mietenstopp“. Zu der Kampagne fand am 19. Juni ein Aktions-tag statt, an dem sich zahlreiche DGB-Re-gionen mit lokalen Aktivitäten beteiligten. Während der Corona-Krise setzte sich der DGB dafür ein, die negativen Folgen der Krise für die Mieter*innen zu begrenzen. Dabei standen die Forderung nach einem Mietenmoratorium und die Situation mo-biler Beschäftigten in Sammelunterkünften im Zentrum. 2020 und 2021 gab es eine um-fangreiche Presse- und Öffentlichkeitsar-beit zu den Themen.

Besonderheiten:

Wohnen war Schwerpunktthema unserer Forderungen zur LTW Hessen und der On-line-Kampagne „wähl, was dir wichtig ist“. Gemeinsame Veranstaltung „Wege aus der Wohnraumkrise“ mit DGB-BVV in Frankfurt 2018.

			<p>Mitarbeit im Bündnis und Maßgebliche Mitorganisation der Großdemo #Mietenwahnsinn-Hessen 2018.</p> <p>Exklusive Pressearbeit mit Pestel-Studie 2018.</p> <p>Nach der Landtagswahl Hessen fand eine Aktion unter dem Motto "Nichts als Schall und Rauch" vor dem Wiesbadener Landtag statt Januar 2019.</p> <p>Bündnis #Mietenwahnsinn-Hessen hat 2019 einen neuen Forderungskatalog erarbeitet (wurde wieder in einer PK vorgestellt.)</p> <p>Im Herbst 2019 wurde die bundesweite Kommunenkonferenz 2019 in Frankfurt zu dem Thema "Kommunen und Wohnen" und ein mietenpolitischer Ratschlag statt.</p> <p>In 2020 unterstützte der DGB die hessenweite online-Petition „Mietenstopp für alle“.</p> <p>Ab 2021 unterstützte der DGB die bundesweite Kampagne „Mietenstopp“ und beteiligte sich am Aktionstag 19.06.2021.</p> <p>Der DGB nahm zu den folgenden Gesetzentwürfen im Rahmen einer Anhörung im Hessischen Landtag Stellung: Wohnaufsichtsgesetz (2017), Bauordnung (2017), Sondervermögen Universitätsbibliothek (2018), Wohnrauminvestitionsprogramm (2018), Leerstand und Wohnraumzweckentfremdung (2019), Hessische Bauordnung (2020), Stärkung innerstädtische Geschäftsquartiere (2020), Änderung Wohnraumfördergesetz (2020),</p> <p>Thüringen: Veranstaltung DGB-Kreisverband Jena/SHK 2019.</p> <p>Corona-Krise: Der DGB setzte sich dafür ein, die negativen Folgen der Krise für die Mieter*innen zu begrenzen.</p>
G 02	Wohnungspolitik	ver.di Hessen	siehe G001

G 03	Wohnungs- politik - Kurswechsel bei den Moder- nisierungskosten	IG BAU Thüringen	Antrag C013 an 21. OBK: in geänderter Fassung als Material zu C011 angenommen.
G 04	Kurswechsel in der Wohnungs- politik	DGB-Kreis- verband Sömmerda	siehe G001
G 05	Rot-rot-grüne Landespolitik gewerkschaft- lich begleiten	IG Metall Bezirk Mitte	Wir haben den Austausch mit Ministerien und Fraktionen intensiviert und wurden/ werden im Zuge dessen bereits im Vor- feld von Gesetzgebungsverfahren beteiligt (PersVG und ThüVergG).
G 06	Angleichung Ost an West!	DGB Jugend Hessen- Thüringen	Ist in unsere Eckpunktepapier zur Land- tagswahl in Thüringen 2019/2021 eingeflos- sen. Damit haben wir im Vorfeld der Wahl die Programmdiskussionen der Parteien begleitet und teilweise direkt Einfluss ge- nommen. Im Rahmen des Landtagswahl- kampfes war dieses Papier inhaltliche Grundlage für die Veranstaltungen, Aktio- nen und erstmalig eine Online-Kampagne, mit denen wir für gute Arbeit, Bildung und sozialen Zusammenhalt geworben haben. Besonderheiten: Schwerpunktthema unserer Forderungen zur LTW Hessen und der Online-Kampagne „wähl, was dir wichtig ist“.
G 07	Rassismus, Sexismus, Homofeindlich- keit bekämp- fen und Vielfalt fördern – Wir sind alle gleich und doch verschieden	DGB Jugend Hessen- Thüringen	mehrere Resolutionen gegen Rechts vom Bezirksfrauenausschuss, keine Zusammen- arbeit mit der AfD, Aufruf für Toleranz, Stel- lungnahme zum AGG, Vorträge zum Thema Rechtsextremismus bei Frauen (GEW), AG Antidiskriminierung/ Queer soll ins Leben gerufen werden (steht noch aus), Unter- stützung von pro_choice.

G 08	Entgeltgleichheitsgesetz	DGB-Kreisverband Groß-Gerau	Antrag an 21. OBK: erledigt durch Annahme B027 (Antrag Bundesfrauenausschuss zu Entgelttransparenz und Quote). Stellungnahme vom Bund, Vorträge zusammen mit IG Metall und hr-info Interview zum Thema.
G 09	Aktive anti-rassistische und anti-faschistische Arbeit ist Grundsatzaufgabe des DGB und seiner Gewerkschaften	IG Metall Bezirk Mitte	Der DGB Hessen-Thüringen hat sich auf allen Ebenen an antirassistischen bzw. antifaschistischen Aktionen beteiligt oder diese sogar initiiert. Beispielhaft seien hier genannt: Aufruf zur Beteiligung an Kampagne „Keine AfD in den Landtag Hessen“; Online-Kampagnen „Wähl, was dir wichtig ist“ zu den Landtagswahlen mit klar antirassistischer Konnotation; Mit-Organisation #nichtmituns am 15.02.2020 in Erfurt; Resolution des Bezirksvorstandes vom 06.06.2020 „Demokratie Schützen – Rassismus bekämpfen“.
G 10	8. Mai als bundesweiter Feiertag	DGB Jugend Hessen-Thüringen	Antrag an 21. OBK: angenommen.
G 11	Keine Zusammenarbeit mit der AfD	DGB Jugend Hessen-Thüringen	Erledigt bei Annahme von Antrag G12
G 12	Unsere Alternative heißt Solidarität	ver.di Thüringen	siehe G 09
G 13	Freistellung von Verpflichtungserklärungen für Bürgschaftsübernahmen durch Flüchtlingspaten	DGB-Kreisverband Offenbach	Der DGB hat sich auf allen Ebenen für eine entsprechende Freistellung eingesetzt. Hier konnte nur ein Teilerfolg erzielt werden. Bundesminister Hubertus Heil hat sich 2019 mit den am meisten betroffenen Bundesländern, NRW, NDS und Hessen geeinigt, dass es keine Forderungen von Jobcentern und Arbeitsagenturen an die Flüchtlingsbürger für die geflüchteten Menschen

			aus Syrien gibt. Alle anderen Bundesländer machen es von Einzelfallprüfungen abhängig, ob sie auf die Kostenerstattung durch die Bürgen bestehen. Das ganze bezieht sich aber nur auf Altfälle bis 06.08.2016. Danach wurde die Gesetzeslage verschärft. Seitdem gilt eine Verpflichtungserklärung 5 Jahre und es wurde eindeutig geregelt, dass die Bürgen alle Kosten zu tragen haben, bzw. sie der Staat zurückfordern kann.
G 14	Hoch die internationale Solidarität – Keine Haushaltssanierung durch finanzielle Belastung ausländischer Studierender	DGB Jugend Hessen- Thüringen	Erledigt
I 01	Gute Arbeit stärken, prekäre Soloselbstständigkeit bekämpfen	Carla Rodrigues (IG BAU, Nr. 1_005)	Antrag B023 an 21. OBK: angenommen in geänderter Fassung.
I 02	Engagement für die Demokratie darf nicht unter Generalverdacht stehen	Michael Lemm (IG Metall, Nr. 1_049 Denny Möller (ver.di, Nr. 1_092)	Position eingeflossen in unsere Stellungnahme zur „Neuausrichtung des Verfassungsschutzes in Hessen“.
I 03	Renten- kampagne fortsetzen	Michael Erhardt (IG Metall, Nr. 1_035)	Die Kampagne ruhte in der Phase der Rentenkommission. Zur BTW 21 ist die Rentenfrage einer der Schwerpunktthemen der DGB Kampagne mit der bundesweiten Pendleraktion „Starke Rente“ am 21. September als Höhepunkt, die von den DGB Stadt- und Kreisverbänden umgesetzt wurde.

I 04	Demokratie in Hessen bewahren – AfD raushalten aus dem Hessischen Land!	DGB-Kreisverband Main-Kinzig-Kreis	Die Kampagne keine-afd-im-landtag.de wurde maßgeblich von uns finanziert und Personell durch eine RGF unterstützt.
I 05	Engagement für die Demokratie darf nicht unter Generalverdacht stehen	Michael Lemm (IG Metall, Nr. 1_049) Denny Möller (ver.di, Nr. 1_092)	siehe I 02
W 01	DGB-Bezirksvorstand Hessen-Thüringen	DGB Jugend Hessen-Thüringen	<p>Grundsätzliches:</p> <p>Der sozial-ökologische Wandel ist ein Schwerpunktthema des DGB und fließt in sämtliche Politikfelder (z.B. Wirtschafts-, Struktur-, Dienstleistungs-, Industrie-, Klima-, Verkehrs-, Energie- und Digitalisierungspolitik) mit ein.</p> <p>Die Forderungen aus dem Leitantrag sind in unsere Eckpunkte-papiere zu den Landtagswahlen in Hessen 2018 und Thüringen 2019/2021 miteingeflossen. Damit haben wir im Vorfeld der Wahl die Programmdiskussionen der Parteien begleitet und teilweise direkt Einfluss genommen. Im Rahmen des Landtagswahlkampfes war dieses Papier inhaltliche Grundlage für die Veranstaltungen, Aktionen und erstmalig eine Online-Kampagne, mit denen wir für gute Arbeit, Bildung und sozialen Zusammenhalt geworben haben.</p> <p>Auf Initiative des DGB wurde die Gründung eines „Hessischen Industrietialogs“ in den Koalitionsvertrag von CDU und Bündnis 90/ Die Grünen aufgenommen. Diese Vereinbarung wurde aber noch nicht umgesetzt. In Thüringen gibt es bereits ein „Bündnis für Industrie“. Im Frühjahr 2019 wurde durch den DGB ein Arbeitskreis „Industriepolitik“ gegründet, indem die</p>

Industriegewerkschaften vertreten sind. Im Rahmen des AK wurde das bundesweite Bündnis „Zukunft der Industrie“ vorgestellt. Der AK dient der Vorbereitung der regionalen Industriebündnisse. Außerdem findet ein Austausch über industriepolitische Projekte, Studien, Veranstaltungen und sonstige Aktivitäten statt. 2019 fand eine Diskussionsveranstaltung zur Landtagswahl zu dem Thema „Zukunft der Industrie in Thüringen“ in Eisenach statt.

Der DGB setzt sich im Rahmen des Hessischen Energiegipfels für die Umsetzung seiner Beschlüsse ein. Der DGB ist zudem Mitglied im Lenkungskreis der Hessischen Initiative für Energieberatung im Mittelstand (HIEM).

Der DGB hat sich im Rahmen der Hessischen Nachhaltigkeitsstrategie an der Erstellung des Integrierten Klimaschutzplans Hessens 2025 (2017) beteiligt.

2018 ist der DGB aus der Nachhaltigkeitsstrategie ausgetreten, weil bei der Weiterentwicklung des Indikatorensets soziale Ziele nicht ausreichend berücksichtigt wurden. Aktuell laufen Gespräche über einen evtl. Wieder-Eintritt. Auf Initiative des DGB überlegt das Sozialministerium, den DGB-Index „Gute Arbeit“ in Hessen zu erheben. Der DGB ist im Wirtschaftsbeirat der WI Bank Hessen und im Beirat der HessenAgentur vertreten und setzt sich dort für die wirtschafts-/strukturpolitischen Forderungen aus dem Leitantrag ein.

Der DGB hat 2018 und 2019 einen Austausch zwischen den Fahrgastbeiräten in Hessen organisiert und im Rahmen dessen eine themenspezifische Veranstaltung (Soziale Standards in den Nahverkehrsplänen, eigenwirtschaftliche Verkehre) organisiert.

Besonderheiten:

In Hessen gibt es einen industriepolitischen Dialog mit der SPD. Mit den Landtagsfraktionen Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen finden Gespräche zu wirtschafts-/strukturpolitischen Themen statt.

			<p>Der DGB ist im Vorstand, Finanz- und Personalausschuss des RKW Hessen e.V. vertreten.</p> <p>Darüber hinaus ist der DGB im Beirat des IWAK an der Goethe Universität Frankfurt vertreten.</p> <p>2018 hat der DGB-Bezirksvorstand beschlossen, die RMV-Resolution zum Frankfurter Fernbahntunnel zu unterstützen.</p> <p>Zur Landtagswahl 2018 Hessen wurde das Buch „Verlässlich gestaltet – Perspektiven eröffnet? Bilanz und Aussicht der Landespolitik in Hessen“ durch Michael Rudolph, Dr. Kai Eicker-Wolf und Liv Dizinger veröffentlicht.</p>
W 02	Für „Gute Arbeit“ in der Sozial-, Wirtschafts- und regionalen Strukturförderung sowie bei der öffentlichen Auftragsvergabe	DGB-Bezirksvorstand Hessen-Thüringen	<p>Grundsätzlich:</p> <p>Der DGB ist in der EU-Förderperiode 2014-2020 Mitglied in den EFRE-/ESF-/ELER-Begleitausschüssen und setzt sich dort für die Verankerung sozialer Kriterien ein.</p> <p>Die Forderung nach "Guter Arbeit" in der Wirtschafts-/Strukturförderung ist in unsere Eckpunktepapiere zu den Landtagswahlen in Hessen 2018 und Thüringen 2019/2021 eingeflossen. Damit haben wir im Vorfeld der Wahl die Programmdiskussionen der Parteien begleitet und teilweise direkt Einfluss genommen. Im Rahmen des Landtagswahlkampfes war dieses Papier inhaltliche Grundlage für die Veranstaltungen, Aktionen und erstmalig eine Online-Kampagne, mit denen wir für gute Arbeit, Bildung und sozialen Zusammenhalt geworben haben.</p> <p>Im Frühjahr 2019 wurde ein Arbeitskreis „Neuausrichtung“ der EU-Strukturförderung zur Vorbereitung der EU-Förderperiode 2021-2027 gegründet. Der AK setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern der Gewerkschaften und der gewerkschaftlichen Bildungsträger zusammen. Der AK hat Positionspapiere zur Neuausrichtung der EU-Strukturförderung ab 2021 für Hessen und Thüringen entwickelt. Auf dieser Grundlage finden Gespräche mit den Landesregierungen in Hessen und Thüringen und den</p>

			<p>EFRE-/ESF-Verwaltungsbehörden statt.</p> <p>Besonderheiten: Hessen: Die Landesregierung hat bislang keine sozialen Kriterien in der Strukturförderung verankert. Thüringen: In Thüringen gibt es soziale Kriterien in der Strukturförderung. Diese sind aber nicht ausreichend. 2018 wurde die GRW-Richtlinie evaluiert und novelliert. Der DGB hat eine Stellungnahme zur Novellierung der GRW-Richtlinie abgegeben. Kritisiert wurde insbesondere die Einführung eines Lohnsummenkriteriums. Die Einführung Kriterien „Guter Arbeit“ war Schwerpunktthema unserer Forderungen zur LTW Hessen und Thüringen sowie der Online-Kampagne „wähl, was dir wichtig ist“.</p>
W 03	Handlungsfähiger Staat	DGB-Bezirksvorstand Hessen- Thüringen	<p>Ist in unsere Eckpunktepapiere zu den Landtagswahlen in Hessen 2018 und Thüringen 2019/2021 eingeflossen. Damit haben wir im Vorfeld der Wahl die Programmdiskussionen der Parteien begleitet und teilweise direkt Einfluss genommen. Im Rahmen des Landtagswahlkampfes war dieses Papier inhaltliche Grundlage für die Veranstaltungen, Aktionen und erstmalig eine Online-Kampagne, mit denen wir für gute Arbeit, Bildung und sozialen Zusammenhalt geworben haben. Die Themen sind außerdem Gegenstand ständiger politischer Gespräche und der Öffentlichkeitsarbeit. Für Hessen werden regelmäßig „Schwerpunktforderungen der Gewerkschaften zum Haushalt“ erstellt und mit Politiker*innen diskutiert. In Thüringen wurden 2019 erstmal Haushaltsforderungen erarbeitet.</p>
W 04	Für eine zukunftsfähige Tarif- und Beamtenpolitik	DGB-Bezirksvorstand Hessen- Thüringen	<p>Ist in unsere Eckpunktepapiere zu den Landtagswahlen in Hessen 2018 und Thüringen 2019/2021 eingeflossen. Damit haben wir im Vorfeld der Wahl die Programmdiskussionen der Parteien begleitet und teilweise direkt Einfluss genommen.</p>

			<p>Im Rahmen des Landtagswahlkampfes war dieses Papier inhaltliche Grundlage für die Veranstaltungen, Aktionen und erstmalig eine Online-Kampagne, mit denen wir für gute Arbeit, Bildung und sozialen Zusammenhalt geworben haben.</p>
W 05	Aufnahme von sozialen Kriterien in öffentliche Ausschreibungen	DGB-Kreisverband Offenbach	<p>Material zu Antrag W02; die Aufnahme von sozialen Kriterien bei öffentlichen Ausschreibungen ist Gegenstand von Pressekonferenzen, Vorträgen und politischen Gesprächen gewesen.</p>
W 06	Steuerpolitische Eckpunkte	DGB-Kreisverband Groß-Gerau	<p>Auf dem DGB-Bundeskongreß 2018 wurde im Antrag C016: Mehr Steuergerechtigkeit für eine solidarische und vielfältige Gesellschaft das folgende beschlossen: „Wir setzen uns für die Abschaffung der steuerlichen Regelungen zum Ehegattensplitting ein, wie bereits 2014 vom 20. Ordentlichen Bundeskongress beschlossen. Die mit dem Ehegattensplitting praktizierte Steuerlogik entspricht immer weniger den Lebens- und Arbeitsrealitäten von Familien und Paaren. Wir fordern deshalb gerechtere steuerliche Rahmenbedingungen für die Erwerbstätigkeit von beiden Elternteilen und von Alleinerziehenden sowie die Förderung aller Familien mit Kindern. Der DGB wird hierzu bis Ende 2020 konzeptionelle Vorschläge im Rahmen eines steuerlichen Gesamtkonzeptes entwickeln“.</p>
W 07	Sicherheit im Öffentlichen Dienst	DGB-Bezirksvorstand Hessen-Thüringen	<p>Ist in unsere Eckpunktepapiere zu den Landtagswahlen in Hessen 2018 und Thüringen 2019/2021 eingeflossen. Damit haben wir im Vorfeld der Wahl die Programmdiskussionen der Parteien begleitet und teilweise direkt Einfluss genommen. Im Rahmen des Landtagswahlkampfes war dieses Papier inhaltliche Grundlage für die Veranstaltungen, Aktionen und erstmalig eine Online-Kampagne, mit denen wir für gute Arbeit, Bildung und sozialen</p>

			Zusammenhalt geworben haben. Sicherheit ist im Zusammenhang mit guten, sicheren Arbeitsbedingungen sowie angemessener Personalausstattung ständiger Gegenstand von Gesprächen. Die bundesweite Kampagne des DGB „Vergiss nie – hier arbeitet ein Mensch“ wurde ab 2020 durch den Bezirk begleitet.
W 08	Zukunft der Automobil- und Zuliefererindustrie	IG Metall Bezirk Mitte	<p>Auf Initiative des DGB wurde die Gründung eines „Hessischen Industrietrials“ in den Koalitionsvertrag von CDU und Bündnis 90/ Die Grünen aufgenommen. Die ersten „Sptzen-Runden“ und Arbeitsgruppen zur Vorbereitung haben stattgefunden. In Thüringen gibt es bereits ein „Thüringer Bündnis für Industrie“. In letzter Zeit hat dieses jedoch nicht mehr getagt.</p> <p>Im Frühjahr 2019 wurde durch den DGB ein Arbeitskreis „Industriepolitik“ gegründet. Dieser setzt sich aus den Industrie-Gewerkschaften zusammen. Im Rahmen des AK wurde das bundesweite Bündnis „Zukunft der Industrie“ vorgestellt. Der AK dient zum Austausch über Projekte, Studien, Veranstaltungen und sonstigen Aktivitäten der Industrie-Gewerkschaften sowie der Vorbereitung der regionalen Industriebündnisse. Einen Schwerpunkt bildet die Automobil- und Zulieferindustrie.</p> <p>In Thüringen fand eine industriepolitische Diskussionsveranstaltung zur Landtagswahl 2019 zu dem Thema „Zukunft der Industrie in Thüringen“ in Eisenach statt. Einen Schwerpunkt bildete auch hier die Automobil- und Zulieferindustrie. Der DGB setzt sich intensiv beim Thüringer Wirtschaftsminister Tiefensee und den Regierungsfractionen R2G für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen in der Branche ein. Mit Abgeordneten der Landtagsfractionen ovn Bündnis 90/ Die Grünen, SPD und Die Linke finden Gespräche statt. Alle Aktivitäten finden unter Einbindung der IG Metall statt.</p>

W 09	Schienenfern- verkehrs- angebot zwischen Kassel und Erfurt ausbauen!	EVG Thüringen	Material zu Antrag W01
W 10	Regionales Schienen- bündnis Darmstadt- Dieburg" unterstützen"	DGB- Kreisverband Darmstadt- Dieburg	Material zu Antrag W01
W 11	Lebenswerte Region und Flughafenaus- bau Frankfurt	DGB-Kreis- verband Offenbach	Im Rahmen der Sommertour 2020 des Vor- sitzenden – mitten in der Corona-Krise – war der Flughafen ein Schwerpunkt. Kern- botschaften waren: Kurzarbeit muss viel stärker als bisher mit Weiterbildung ver- bunden werden, um alternative Beschäf- tigungsmöglichkeiten zu eröffnen; Gestal- tung des Wandels kann darf auf keinen Fall zu Lasten der Beschäftigten vollzogen wer- den; Sicherung der Arbeitsplätze und Ein- kommen der Beschäftigten gehören ge- nauso zur Nachhaltigkeit wie das Erreichen klimapolitischer Ziele. Darüber hinaus ver- öffentlichte der DGB Hessen-Thüringen im April 2021 „das Mobilitätspolitische Positi- onspapier für Hessen“ als Beitrag zum ver- kehrspolitischen Diskurs.
W 12	Nachhaltige und zukunfts- fähige Verpackungen in der Getränke- industrie stärken – Mehrwegquote stabilisieren und erhalten	NGG Südwest	Antrag C015 an den 21. OBK: angenommen.

W 13	13,50 € Mindestlohn	DGB- Kreisverband Groß-Gerau	Antrag B017 an den 21. OBK: in geänderter Fassung als Material zu B013 angenommen.
W 14	12,50 € Mindestlohn	DGB-Kreisver- band Darm- stadt-Dieburg	Erledigt bei Annahme von Antrag W13
W 15	Anhebung Mindestlohn	DGB-Kreisver- band Limburg- Weilburg	Erledigt bei Annahme von Antrag W13
Z 01	Gute Arbeit – Gutes Leben – Gute Mitbestimmung	DGB-Kreisver- band Waldeck- Frankenberg	Die hier beschriebenen Inhalte fanden sich in der täglichen Arbeit des DGB Bezirks, sei- ner Regionen und der Stadt- und Krsiver- bände wieder – insbesondere in den bei- den Kampagnen zu den Landtagswahlen sowie in zahlreichen Aktivitäten zum DGB Zukunftsdialog.
Z 02	Für politische Haltelinien nach der Bun- destagswahl und für eine Stärkung des politischen Mandates als Teil einer offen- siven Gewerk- schaftspolitik	DGB- Kreisverband Fulda	Die hier beschriebenen Inhalte fanden sich in der täglichen Arbeit des DGB Bezirks, sei- ner Regionen und der Stadt- und Krsiver- bände wieder – insbesondere in den bei- den Kampagnen zu den Landtagswahlen sowie in zahlreichen Aktivitäten zum DGB Zukunftsdialog.
Z 03	Für politische Haltelinien nach der Bun- destagswahl und für eine Stärkung des politischen Mandates als Teil einer offen- siven Gewerk- schaftspolitik	DGB-Kreisver- band Main- Kinzig-Kreis	Erledigt bei Annahme von Antrag Z02

Z 04	Weiterentwicklung des offenen Jugendbüros der Gewerkschaftsjugend „filler. in Erfurt“	DGB Jugend Hessen- Thüringen	Umfangreiche Renovierungsarbeiten konnten durch Einwerbung von Drittmitteln realisiert werden. Stelle des Jubi konnte durch Projektgelder aufgestockt werden.
Z 06	Wiederaufnahme der Orts- und Stadtverbände in die Bundessatzung	DGB- Kreisverband Fulda	Satzungsänderungen obliegen dem Bundeskongress. Eine Mehrheit zur Wiederaufnahme der Orts- und Stadtverbände in die Bundessatzung fand sich nicht.
Z 07	Aufnahme der Ortsvorstände in die Satzung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB)	DGB-Kreis- verband Groß-Gerau	Erledigt bei Annahme von Antrag Z06
Z 08	Aufnahme der Ortsverbände in die Satzung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB)	DGB-Kreisver- band Darm- stadt-Dieburg	Erledigt bei Annahme von Antrag Z06
Z 09	Aufnahme der DGB-Ortsverbände in die Satzung des DGB	DGB-Kreis- verband Odenwaldkreis	Erledigt bei Annahme von Antrag Z06
Z 12	Traditionelle Mainelke wieder bereitstellen	DGB-Kreisver- band Eisenach- Wartburgkreis	Die Bereitstellung der Mainelken liegt in der Entscheidungshoheit des Bundesvorstandes. Dieser hält an seiner Entscheidung fest, neben des Maipins keine zusätzlichen Mainelken bereit zu stellen.
Z 13	Wiedereinführung der „Mainelke“	DGB-Kreisver- band Weimar/ Weimarer Land	Erledigt bei Annahme von Antrag Z12

